

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonementpreis pro Monat Infl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf., mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ Infl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungszelle Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzte Zeit oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwerer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frist 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftssitz 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Heimatspolitik — am Grach!

* Leipzig, 5. Februar.

Das ist eine traurige Thatsache der Weltgeschichte, daß regierende Gesellschaftsklassen nicht in der Blüte ihrer Jahre von der Herrschaft abberufen werden, sondern daß sie erst faul und morsch werden müssen, ehe der Stab der Regierung ihrer Hand entfällt. Und das sind die traurigsten und zugleich von tolem Hungar erfüllten Zeiten, in denen Klassen regieren, die nicht mehr regieren können, während die berufenen Nachfolger unthätig zwischen Verwaltung und Gelächter im Parterre warten, bis der Vorhang fällt und ihr Stück beginnen kann.

Es ist ein Stück dieses halb widerlich halb lächerlich anmutenden Zerfallsprozesses, das wir soeben in der Geschichte des neuen Zolltarifentwurfes erleben. Wie rosig doch das neue heilige deutsche Reich bürgerlicher Nation den Weg nach abwärts gefunden hat! Wie in der Entwicklung der bürgerlichen Weltanschauung einem Neubaukentum und Renaissancegelüsten ein verwerfes lebensmüdes Gigerlum gefolgt ist, so ward die in jüngerer Hinsicht beklagenswerte, aber doch kräftige und männlich geschlossene Periode des Blut- und Eisenmannes von einer anderen abgelöst, in der unendlich viel gesprochen, aber ebenso wenig gehandelt wird und tönenenden Anklagungen klägliche Thaten folgen. Dieses Bild des Zerfalls, das die verständige Mittelwelt jetzt neulich in den Chinafeldzug Einleitung und Ende halb erschreckt, halb belustigt betrachtet hat, wiederholt sich nun in der inneren Politik des deutschen Reiches.

Wie törend ist doch das neueste Evangelium der Heimatspolitik verkündet worden. Welche Ouverture! Dröhnend schlug der Bund der guten und gerechten Landwirte in die Fauste, klar und sicher setzte die Regierung mit zarten lockenden Glotzen ein und stürmisch erlangt die Fanfare des läblichen Bundes der Schärmacher. Nun soll die Vorstellung längst begonnen haben, aber das enttäuschte Publikum sieht nur ein paar rauender Clowns und wartet nur mehr auf den Augenblick, da der glorreiche Direktor, der Graf Bülow, sich lächelnd wie immer verbängt und verkündet, daß die Vorstellung wegen Lohnstreitigkeiten mit dem Personale abgebrochen werden müsse.

Wenn unsere junge thakräftige Partei in ihrer Taktik einen Fehler begangen hat, so war es höchstens der, daß sie den Gegner überschätzte. Man möchte den großen Vorm, der sich darüber erhob, für den Ausflug überbeschämenden Kraftgefühl halten, jetzt weiß man, daß er nur erhoben worden ist, um das Fürchten zu vergessen.

Denn trohalde dem: Es gelingt ja doch nichts mehr!

Der Streit zwischen der Regierung und den Rechtsparteien, der die letzten Sitzungen der Zolltariffkommission erfüllt hat und die vielbereiteten Regierungsbütreter als eine geschlossene Masse von Obstruktionisten erscheinen läßt, mag augenblicklich der wichtigste sein und wohl auch der entscheidende werden, sicher ist er nicht der einzige, der durch die Zolltarifffrage im Lager der Cördnungsparteien entzündet worden ist. Streit gab und gibt es zwischen den einzelnen Organisationen der Landwirte selbst über die Höhe aufzustellender Forderungen. Streit gibt es zwischen ihnen wegen der jetzt zu beobachtenden Taktik. Streit gab es zwischen Industriellen und Landwirten — man erinnere sich nur an die Zeit, da der Verband der Industriellen seine Kriegserklärung gegen die Minimalzölle abgab. Streit gab es im Centrum, Streit bei den Nationalliberalen.

Es streiten die sommervütigen heimatspolitischen Zeitungen mit einander, sie streiten auch gegen die eigene Partei. Nationalliberale Blätter fordern die Obstruktion gegen die Nationalliberalen. Die freikonservative Post bekämpft die Politik des freikonservativen Vorwiegenden, des Herrn v. Kardorff. Es würde die epische Kraft eines Homer dazugehören, alle Besonderheiten dieser umgezähnten Einzelkämpfe ihrer Würde entsprechend zu schildern.

Und er, der inmitten dieses Tobens steht und mit starker Hand die Entscheidung herbeiführen sollte — Er, Graf Bülow? Er hat mit den Göttern des Olymps nur das zephyrlichte Leben und die ewig gleiche Heiterkeit gemein. Aber er ist hilflos, wo er Partei erneisen soll.

Man darf darum nicht in die billige Klage der bürgerlichen Welt einstimmen, daß wir einen „schwachen“ Reichsfanzler hätten, und daß alles ganz anders sein würde, wenn dieser eine Mann kräftiger Nerven besäße. So wie er ist, ist Graf Bülow der Repräsentant seiner Zeit und ihr Typus. Im deutschen Reiche ist eine konservative Parteiregierung unmöglich, weil ihre schroffe Ausbildung einen wahren Volkssturm hervorruft würde. Es ist eine bürgerliche Parteiregierung unmöglich, weil das deutsche Bürgertum seine politische Kraft aufgezehrt hat, noch bevor es sie antreten konnte. Was übrig bleibt, das ist ein widerliches Ragout von politischen Programmresten: Gottesgnadentum und Künferherrschaft, Pfaffenflucht und Respekt vor dem Industrieökonomismus, alles gehörig vermengt mit dem längst ranzig gewordenen Del bürgerlicher Sozialpolitik und liberaler Phrasen.

In diesem allgemeinen Zustande liegt die Ursache aller Misserfolge, für die eine verkehrte Geschichtsauffassung die besonderen Charaktereigenschaften einzelner leitender Personen verantwortlich machen möchte. Der bisherige Verlauf des Brotnüchserfeldzugs ist nur die lebendige Illustration eines unüberwindlichen und geschichtlich notwendigen Zerstörungsprozesses. Er ist ein Bild aus einer Welt, die weder leben noch sterben kann, die sich mit prahlreichem Waffengeflirr und tönenenden Phrasen über die Leere und Kraftlosigkeit ihres Daseins hinwegzutäuschen sucht.

Das ist das jähre Ende einer „glorreichen Zeit“, deren Wert schon Friedrich Nietzsche in seinen Unzen gemäßen Betrachtungen so richtig einzuschätzen wußte. An dem Erbe dieser glorreichen Zeit schleppt das feudal-kapitalistische Neudeutschland, wenn es sich als schmarotzende Bramarbas überall, außen und innen, seine Schlappen holt.

Durch den komischen Unterschied zwischen That und Gebärde ist es zur lustigen Person der Weltgeschichte geworden. Freuen wir uns, daß wir diesmal ein fröhlich erleichterndes Gelächter antunnen dürfen.

Noch ist der Krieg nicht aus, doch er ist gewonnen, bevor er zu Ende ist. Soll es dennoch zum Schlag kommen — das deutsche arbeitende Volk wird mit solchen Gegnern fertig werden.

Politische Übersicht.

Der Herr der Situation.

Der gesegnete Tag hat das diplomatische Geheimnis über den Erfolg der niederländischen Intervention für die Buren gelüftet. Der Schriftwechsel zwischen den beiden Regierungen ist nun auch dem profunden Volle der Zeitungslseher zugänglich gemacht: Offiziosus Wolff weist zu berichten.

Danach zeigt sich, daß unsere Vermutung, es handle sich bei dem Vorgehen der niederländischen Regierung nur um die formale Regelung der Legitimationsfrage, nicht aber um materielle Friedensbedingungen, zutreffend gewesen ist. Die Intervention beweist lediglich, einen Rapport zwischen den Burendellegierten in Europa und den Burengeneralen in Afrika herzustellen, um damit der militärischen Kommandogewalt und der bürgerlichen Vertretung des Burenvolkes die Möglichkeit einer Verständigung zu schaffen. Die Beglaubigungsschreiben der Burendellegierten in Holland, wurde ausgeführt, seien zu eng gefaßt; es erscheint angezeigt, den Delegierten den Vorschlag zu machen, sich nach Südafrika zu begeben, mit den dortigen Burendellegierten sich ins Einvernehmen zu setzen und mit weitgehenderen Vollmachten, auf Grund deren der Abschluß von Friedensverhandlungen möglich sei, wieder zurückzukehren. Wenn diese damaligerstanden seien, so mösse ihnen freies Geleit gewährt und die Möglichkeit geboten werden, sich mittels eines Schiffes

Seuilleton.

Roman von Gustav Wies.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wies.

Einführung verboten.

vom Mathilde Mann.

Er hatte den einen Arm um den Hals des Schlächtermeisters geschlungen und klopfte ihn zärtlich auf die Wange.

„Wirst Du nicht unsinnig froh, daß Du heute abend mit dabei sein darfst, Du Burkhader?“ fragte er.

„Ja, darauf kannst Du Gift nehmen!“ sagte der Schlächter, und seine Augen strahlten. Es war ein Novize, an Stelle des verflossenen Zugusbauches eingekalliert; und es war das erste Mal, daß er an einer Zusammenkunft teilnahm.

„Ich liebe Dich, Mößel,“ sagte er, „ich liebe Dich, als wenn Du meine Mutter wärst.“

Und in zwanglosem Entzücken schlängt er die Arme um den Hals des Fabrikanten und küßte ihn mitten auf den Bart.

„Hui! Diese Männer!“ sagte Madam Fredriksen drauflos auf dem Trottoir. Und dann ging sie weiter.

Der Stadtkaßierer Lassen richtete sich plötzlich in seinem Stuhl auf und starre wild um sich.

„Konservatives Fleisch?“ — näherte er. Er pflegte in vorgeführtem Abendstunde am Schlucken zu leiden und ein wenig schwer von Begriffen zu sein. — „Wer, — huggub, — spricht da von konservativem Fleisch?“

Als ihm aber niemand antwortete, sank er wieder zurück.

Auch der gute Oberlehrer Clausen konnte einen späten Tropfen nicht vertragen. Aber bei ihm wirkte es in ganz anderer Weise: er wurde „mutig“. Sein langer, rekeliger Körper wurde stramm, sein mildes, gutmütiges Gesicht nahm einen energischen Ausdruck an, und seine weiche Stimme bekam einen scharfen, eindringlichen Ton. Mit seinen wunderlich dünnen, bleichweißen Fingern, die aussahen wie Stangenpaspel mit Anhängseln, strich er sich unablässig durch sein spärliches, graugesprenkeltes Haar, das sonst so zierlich mit Scheitel und Pomade frisiert war, so daß es schließlich ganz wild und borstig in die Höhe stand, wie die Stacheln eines südeuropäischen Stachelschweins.

Augenblicklich war er im Begriff, auf dem Wege der Suggestion etwas von seiner Urkraft auf den Zollkontrolleur Knapsted zu überführen, der ruhig und beherrscht, wohlgeborgen hinter seinen Haarschärfeln neben ihm saß.

„Ehau!“ schrie der gewöhnlich so stille und vorsichtige Mann, indem er mahnend seine Stangenpaspeln auf die Schulter des Böllners legte, — „Ehau! — Ja, Du weißt doch wohl, daß Du Ehau heißt?“

„Freilich weiß ich das!“

„Ich liebe Dich wie ein Bruder, Ehau!“ fuhr der Oberlehrer mit begeisteter Führung in Blick und Miene fort, — „wie ein Bruder, — wie ein Freund! Du bist eine interessante Persönlichkeit. Du bist die interessanteste Persönlichkeit in der ganzen Stadt! — Über Du bist ohne Stärke, ohne seelische Spannkraft. Denn Du bestehst kein Ideal, Ehau Knapsted! — Und ohne Ideal kein Stützpunkt. Ohne Ideal kein Fundament. Ohne Ideal keine Widerstandskraft, — keine Lebensfreude, — ja, Lebensfreude! Und darauf wollten wir hinaus! — Ehau um Dich, Knapsted! Ehau.

Dich um am Tische. Sieh diese fröhlichen Menschen, deren Munterkeit durch diesen Saal schallt, — — schau Dich um! Und Du siehst schweigend und finster da und nimmst nicht teil. Die Freude ruft Dich an, und Du antwortest nicht — — Du bist ein finsterner Genosse. Aber Du bist eine interessante Persönlichkeit. — Und Du bist mein Freund, und ich würde mein Leben hingeben, wenn Du so werden könntest wie wir anderen.“

Die Thränen rollten dem guten Oberlehrer von den Wangen herab und seine Finger führten durch seine Borsten, die wahnsinnig zu Berge standen wie unter magnetischem Einfluß.

Knapsted saß breitschulterig und ruhig da und schielte mit Andacht der Heide des Pädagogen zu lauschen. Über hinter seiner Haarfülle um den Mund und in den Augen kam und schwand ein leise aufblitzendes Lächeln.

Die anderen Gäste waren schweigsam geworden und starnten mit trübem, angestrengtem Blick das Paar an.

„Du sagst, daß ich ohne Ideal bin, Clausen?“ fragte der Böllner mit finsterer, ernster Stimme.

„Ja,“ nickte Clausen und machte sich stramm, „ohne Ideal hab ich gesagt.“

„Da irrst Du!“

„Das sollte mich — sehr freuen! Aber bisher hast Du nicht —“

„Kennst Du Thummelumens Hahn?“ fragte Knapsted plötzlich und starrete seinen Freund und Bruder ins Gesicht.

„Thummel —“

„Thummelumens Hahn, ja! Mortensen —“

„Nein, — ja, — das heißt!“ — — der Oberlehrer galoppierte durch das Stachelschwein.

„Dann kanntst Du überhaupt nicht mitreden,“ sagte Ehau.

Schlüssels mit den Vurenführern in Südafrika telegraphisch in Verbindung zu setzen, um den Ort einer gemeinsamen Zusammenkunft zu vereinbaren.

Herr Chamberlain hatte erst jüngst in einer Sitzung des britischen Unterhauses auf die formale Schwierigkeit der Bevölkerungsfrage hingewiesen und diese als „nicht unüberwindlich“ bezeichnet. Herr Chamberlain zeigt nun, wie er mit dieser Vorfrage fertig zu werden gedenkt. Sehr einfach: er diffusiert die Verhandlungsbedingungen; er schreibt den Vuren vor, welche Vertreter sie als Bevollmächtigte zu Friedensverhandlungen einzurufen haben und wo die Verhandlungen zu führen sind. Die Vurendelegierten bestätigt er mit einer großartigen Geste: er kann nicht sehen, daß sie noch irgend einen Einfluß auf die Vürher der Vuren in Südafrika haben; daraus schließt er, daß alle Regierungsgewalten sich in den Händen Steins und Schalt Burgers befinden. Im übrigen können die Delegierten ja, wenn sie wollen, um freies Geleit petitionieren; jedenfalls aber müßte seine Regierung jede Intervention einer fremden Macht grundsätzlich ablehnen, wenn sie auch den menschenfreundlichen Motiven der niederländischen Regierung alle offizielle Anerkennung zolle. Die britische Regierung erkennt nur die Vurenführer im Felde als verhandlungsberechtigt an und sie bestimmt, daß die Verhandlungen in Afrika stattzufinden haben, nicht in Europa. Lord Kitchener habe Befehl, sachgemäße Vorladung der Vurenregierung sofort nach London zu berichten. Also sprach Chamberlain.

Man sieht, Herr Chamberlain fühlt sich als unumstrukturierter Herr der Situation. Nicht zufrieden damit, daß er bedingungslose Unterwerfung als Voraussetzung aller weiteren Verhandlung fordert, — er schreibt den Besiegten auch noch vor, wer von ihrer Seite die Kapitulation auf Gnade und Ungnade zu ratifizieren habe. Er führt nicht die Sprache des Siegers, der mit den Unterlegenen redet, sondern den hochmilitärischen Kommandoton des rechtmäßigen Herrn, der Rebellen befiehlt, die Waffen zu strecken und ihre Niederlage in aller Ergebung gegenzuzeichnen. Es ist derselbe Geist, der Herrn Kitchener die Vurenführer standrechtlich erschießen läßt. Er ist kein Kaiser, kein siegreicher Diktator; selbst dazu fehlt ihm die Mittlerlichkeit. Er ist kein Brennus, der sein Schwert in die Wagschale wirft, um den Tribut der Besiegten zu steigern, sondern ein Schol, der auf seinem Schein besteht. Herr Chamberlain ist auch als Sieger in erster Linie — Geschäftsmann. Der Krieg ist ihm ein Geschäft der Konkurrenz, und wenn er den Gegner bankrott glaubt, so hat der Gewinnende den Konkursverwalter zu bestimmen, und dem Unterlegenen bleibt nur das Recht sich instanzieren zu lassen und seinen Namen unter die gerichtliche Vollstreckungsurkunde zu setzen. Neben Chamberlain wächst der Bismarck des Jahres 1871 noch zu einem chevaleresken Helden empor. Der ließ die Franzosen wenigstens ihre Nationalversammlung nach Bordeaux wählen und sorgte dafür, daß die Friedenshändler in Frankfurt die bevollmächtigten Vertreter des Landes wären. Und Bismarck huldigte gewiß auch der modernen Staatsweisheit, daß eine gegebene Situation bis aufs äußerste auszunützen sei.

Diese Mittlerlichkeit lag freilich in Bismarcks eigenem Interesse. Ihm mußte daran liegen, einen Frieden zu schließen, für den er die Anerkennung der französischen Nation in Anspruch nehmen konnte, und er hielt darauf, daß das französische Volk aus freier Entscheidung seine Bevollmächtigten bestellte. Herr Chamberlain überspannt den Bogen, wenn er die Vuren-delegierten mit einer hochmilitärischen Handbewegung wegschlägt. Die Vuren wissen jetzt, daß sie es mit einem erbarmungslosen Gegner zu tun haben, der ihnen ihr nationales Selbstbestimmungsrecht überkennet, noch ehe sie darauf verzichtet haben. Die Vuren können gar nicht anders, als den Widerstand fortsetzen. Mit den Waffen in der Hand sind sie immer noch eine kriegerische Macht, und ihre Waffen haben auch für die Soldaten des Herrn Chamberlain eine gewisse Autorität. Kapitulieren sie, so sind sie für Kitchener und Chamberlain nur noch waffenlose Rebellen. Herr Chamberlain spart den Vuren die Wahl weiterer Entschlüsse. Diese Erkenntnis ist das damals-weltweite Negatifikat des niederländischen Vermittlungsversuchs.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 4. Februar. Der Reichstag beriet heute über drei weitere Kapitel im Etat des Reichsamts des Innern: das Statistische Amt mit der neuen arbeiterstatistischen Abteilung, das Reichspatentamt und das Reichsversicherungs-

amt. Neben die neue Schöpfung der aus der Kommission für Arbeitsstatistik hervorgegangenen arbeiterstatistischen Abteilung im Reichsamt des Innern landete das Urteil im allgemeinen freundlich. Auch Uebel konnte erklären, daß das anfängliche Misstrauen unserer Partei durch die Erklärung des Grafen Posadowsky, die Abteilung solle in ihren Funktionen gegenüber der freien Kommission nicht beschränkt werden, schwunden sei. Er bezeichnete aber die Zuordnung eines festen Beamtes, der aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerbeinspektoren bestehen müsse, als dringend notwendig. Dann werde die neue Abteilung einen Fortschritt bedeuten auf dem Wege zu einem Reichsarbeitsamt. Die Forderung eines ständigen Beamten erhob auch der freikirche Uebel. Dr. Pachnicke, während Herr Spahn vom Centrum es für genügend hielt, wenn von Fall zu Fall ein Beamter für bestimmte Fragen beigezogen würde. Dieser Ansicht schloß sich Graf Posadowsky an. Einer Auseinandersetzung zwischen der Abg. Stadttagen, eine Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen als wichtige Grundlage für eine Krankenversicherungsreform zu schaffen, will der Staatssekretär der hohen Kosten wegen nicht nachkommen.

Beim Kapitel Reichspatentamt wurden mannsache Klagen gegen den Direktor des Patentamtes, den „Patent-Uebermenschen“, wie Abg. Dr. Müller-Weiningen ihn nannte, laut. Graf Posadowsky verteidigte den nicht anwesenden Herrn ohne sonderliches Glück. Die Hauptdiskussion bezog sich auf das Patentgesetz der Schweiz, die nur solche Erfindungen patentiert, die durch Modelle vorstelbar sind; infolgedessen kann keine chemische Erfindung in der Schweiz patentiert werden, und die Abg. Kamp und Dr. Baasche beschwerten sich bitter über die illoyale Konkurrenz, die einige an der Grenze gelegene Schweizer chemische Fabrikanten der deutschen Industrie machen. Als Herr Kamp davon sprach, daß er die Angelegenheit durch einen selbständigen Antrag beim Zollamt regeln wolle, erhob sich der Vorsitzende der Zolltarifkommission, Herr v. Kardorff, schreckensbleich und ehrfürchtig, er würde nur noch solche Anträge zulassen, die in direktem Zusammenhang mit dem Tarif ständen. Eine solche Angst empfand er vor den Obstruktionen, aus den eigenen agrarischen Meilen! Graf Posadowsky teilte mit, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz solle eine Änderung der Schweizer Patentgesetzgebung gefordert werden, und der freikirche Abg. Dr. Müller-Weiningen stieß mutter in das kleine Horn mit dem Verlangen, man müsse der Schweiz die Zähne zeigen. Unser Genosse Stadttagen wies nach, daß Herr Müller alles auf den Kopf gestellt hatte. Nicht das Schweizer Patentgesetz, sondern die deutschen Fabrikanten, die chemische Stoffe billiger nach der Schweiz als auf den deutschen Markt liefern, sind illoyal.

Auch der Etat des Reichsversicherungsamtes wurde durch eine große Rede Stadttagen eingeleitet. Er knüpfte an seine vorjährigen Aufführungen an und brachte zunächst wieder die übermäßig hohen „Entschädigungen“, die die Vorsitzenden der Versicherungsgesellschaften für die Ausübung ihres „Ehrenamtes“ beziehen, zur Sprache. Gegen den Abg. Felsch, den Vorsitzenden der Bauernversicherungsgesellschaft, hat Stadttagen Anklage wegen Untreue erhoben, ist aber in allen Instanzen abgewiesen worden, weil angeblich kein öffentliches Interesse vorliege. Wie der Ausgang dieses Prozesses ein Zeichen ist für die Macht der Versicherungsgesellschaften, so brachte Stadttagen noch ein umfangreiches weiteres Material vor für die geradezu verhängnisvolle antisoziale Rolle, die diese Genossenschaften in immer höherem Grade spielen. Die Machtfülle des Reichsversicherungsamtes gegenüber den Aufsichts- und Einrichtungen dieser Unternehmerorganisationen, den Einfluss der Versicherungsgesellschaftsvorständen bei den Behörden — das alles beleuchtete Stadttagen in ausführlichen Darlegungen. Einige Fälle aus der Praxis der Vertrauensärzte der Versicherungsgesellschaften, die Stadttagen erzählte, waren geradezu gefährlicher Natur. Des weiteren unterzog unser Genosse die 1897 aufgenommene Statistik über die Ursachen der Unfälle einer eingehenden und sehr scharfen Kritik. Als er es rügte, daß diese Statistik sich auf das Material der Versicherungsgesellschaften gründet, die ein Interesse an der Verhinderung der Unfälle hätten, tadelte Präsident Graf Valdrem diesen Ausdruck als ungehörig. Zum Schluß charakterisierte Stadttagen die Wirkungen des Unfallversicherungsgesetzes und verlangte vollen Schadenerlös für alle Unfälle, sowie Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Unfallversicherungsgesellschaften.

In seiner Erwiderung konnte Graf Posadowsky, der es vermied, auf Einzelheiten einzugehen, sich nur darauf berufen, daß er das Reichsversicherungamt wiederholt angewiesen habe, nicht schematisch zu verfahren. Auf die hohen Gehälter der

Versicherungsgesellschaftsvorständen erklärte er keinen Einfluß zu haben. Den tendenziösen Charakter der Unfallstatistik stelle er natürlich in Abrede.

Darauf wurde die weitere Beratung des Posadowsky'schen Ausschusses unterbrochen, um zunächst Herrn v. Tippis Gelegenheit zum Erscheinen im Parlament zu geben. Am Dienstag soll mit dem Marineamt begonnen werden.

Aus dem preußischen Landtage.

B. Berlin, 4. Februar. Im Abgeordnetenhaus gaben heute die Kunstdräger und Kunstschauspieler eine Eröffnungsrede. Zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung, dessen zweite Lesung begann, beantragten die Abg. Felsch (soz.) und Hilde (Centr.), daß die Ausbildung von Lehrlingen im Handwerk nur solchen Personen gestattet sein sollte, die den Meisterstitel zu führen berechtigt sind. Ein Antrag Gedlik (freikirch.) will, daß hierbei wenigstens auf die zur Zeit zur Ausbildung von Lehrlingen Berechtigten die genügend Plätze genommen wird. Herner beantragte Abg. Dr. Hilde die Einführung des Besichtigungsnachweises für das Baugewerbe.

Der bekannte Onkel Felsch machte bei der Begründung des Antrages einige neue Entdeckungen. Nach seiner Meinung ist die Gewerbeordnung von 1860 an allem Uebel auf der Welt schuld, sie hat den Bauschwindel, der bis dahin unbekannt war, geschürt und die Handwerker ins Proletariat gestoßen. Von dieser Proletarisierung will Herr Felsch die Handwerker wieder erreilen und gleichzeitig dem Bauschwindel den Garnis machen. Eine wirkliche Unterstützung findet er in seinem edlen Bestreben bei den Centrumsindustriellen Dr. Hilde, der für Einführung des Besichtigungsnachweises für das gesamte Handwerk ist, sich aber vorläufig mit der Einführung desselben für das Baugewerbe begnügt, und Euler, dem es in der Seele weh thut, daß das Ansehen des Handwerkerstandes moralisch gefeuert ist und daß die Handwerker hente in den Reihen der Sozialdemokraten marschieren. Auch Abg. Freiherr v. Gedlik (freikirch.) entpuppte sich als Freund der realistischen Vertriebungen zur Rettung des Handwerks.

Wie versieht das Vorgehen der Felsch und Konföderen ist, wies ihnen namentlich der Abg. Wallbrecht (nat.-lib.), ein Berufskollege des Herrn Felsch, auf Grund einer 40jährigen praktischen Erfahrung nach. Vor Einführung der Gewerbeordnung wurde der Bauschwindel ebenso betrieben, wie noch her. Das Baugewerbe habe inzwischen trotz der angeblich mangelhaften Ausbildung der Lehrlinge und trotz Fehlens des Besichtigungsnachweises sogar große Fortschritte gemacht. Man würde durch Einführung des Besichtigungsnachweises das Gegenstück von dem erreichen, was man beabsichtige. In ähnlicher Stimme sprachen sich die Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) und Gothein (freikirch.) aus. Auch Minister Möller, der an und für sich der Einführung des Besichtigungsnachweises das Gegenstück von dem erreichen, was man beabsichtige.

Dieselbe Verkennung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wie die Felsch, Hilde und Genossen gegenüber dem untergehenden Handwerkerstande legte Abg. v. Strombeck (Centr.) gegenüber der Not der Handwerker an den Tag. Er verlangt, daß die Regierung dieser Not steuert. Mit welchen Mitteln dies geschehen solle, darüber schwieg er sich aus; es ging aber soviel aus seinen Ausführungen her vor, daß er die Ursachen des Untergangs des Handwerks nicht begriffen hat. Der Handelsminister Möller nimmt hier einen verständigeren Standpunkt ein. Er hat erkannt, daß die Zeiten der Handweberei unveränderlich dahin sind und warnt vor krankhaften Versuchen, sie wieder zurückzurufen. Die Regierung könne nur die Handwerker so ausbilden, daß sie sich anderen Gewerben, insbesondere der mechanischen Weberei, zuwenden können. Die Abg. Frhr. v. Gedlik (freikirch.) und Gothein (freikirch. Abg.) empfehlen außerdem noch die wirtschaftliche Hebung der Weberdistrikte durch Anlagen von Kleinbetrieben.

Als Kuriosum ist aus der Debatte noch die Beschwerde einiger alten Schauspieler für die lox Heinze über die unsichtlichen Erzeugnisse der königlichen Porzellanmanufaktur zu erwähnen. Welch ein Glück für Herrn Möller, daß das Bürgestolz der lox Heinze bereit ist!

Eine Auseinandersetzung des Abg. Dr. Hirsch (freikirch. Abg.) auf Vorschlag von jährlichen Nachweisen über die Arbeitsverhältnisse der in der Porzellanmanufaktur beschäftigten Arbeiter fiel bei der Regierung auf unfruchtbaren Boden.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt. Vorher findet die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Heranziehung zu den Kreisabgaben statt.

„Wie?“
„Deine Auffassung wird ja dadurch völlig wertlos.“
„Ja, aber, Heber —“
„Und ich verstehe nicht, wie Du es wagen kannst, Dich zu meinem Richter aufzuwerfen.“

„Ja, aber, liebster Freund —“

„Du willst von Lebenswerten reden!“ fuhr der Zöllner fort, und seine Stimme klang immer erregter. — „Du, der Du keine Gelegenheit gehabt hast, das Höchste: Die Gleichgültigkeit gegen das Leben zu beobachten!“

„Seine Druderschwärze stinkt!“ näherte Stadttagen mit einer Reminiszenz an den seligen Augustband.

„Ja, aber, liebster, bester —“ stammelte Clausen verwirrt. — „Emanuel Thomsons Hahn —? — Wie —?“ Und abermals bewegten sich die Finger durch die Vorhänge.

Knapsted ahmte die Bewegung nach und fuhr dann mit erhobener Stimme und breiten Handbewegungen fort:

„Emanuel Thomsons Hahn ist mein Ideal! Freilich werde ich mir niemals Hoffnung machen können, zu einer solchen Stufe erhabener Weltverachtung und imponierender Selbstverachtung zu gelangen, denn ich bin ja nur ein Mensch (hier ließen die Finger abermals durch das Haar!) Aber mein ganzes Leben soll dem Streben danach gewidmet sein. Und ich würde mich zehnfach glücklich preisen, wenn Du, Clausen (abermals dieselbe Bewegung mit den Fingern) ebenfalls —“

„Willst Du mich aufziehen?“ schrie der Oberlehrer plötzlich dunkelrot im Gesicht und packte den Feind beim Arm.

„Durchaus nicht!“ entgegnete der andere.
„Du stehst ja da und thust gerade so wie ich?“
„Was thust Du denn?“

„Ich — — ? Ich — — soigniere mich!“
„Ja, und ich soigniere mich ebenfalls! Die Finger gehören mir doch wohl!“

„Meine Herren! Meine Herren!“ beschwichtigte der Vorsitzende.

Alle starnten die Kombattanten mit weitgeöffneten Augen an. Und selbst der kleine Thomsen, der Eigentümer des Ideals, der bisher auf einem Stuhl in der Ecke neben dem Anrichtetisch gesessen hatte, und halb eingesunken war, wurde plötzlich ganz wach.

„Was haben Sie nur einmal, Clausen?“ fragte Fabrikant Hössler — „Nur immer ruhig!“

„Ja, nur immer ruhig!“ sagte der Schlächtermeister.

— „Wir sind doch gebildete Menschen!“

Über der erregte Pädagog, dem der Traubensaft ins Blut gegangen war, hörte nicht mehr auf die Friedensstimmen. Er näherte sein Angesicht dem des Zöllners und sagte zischend:

„Soll ich Dir sagen, was Du bist? Soll ich Dir sagen, was Du bist? Weißt Du, was Du bist? — Du bist die personifizierte Unliebenswürdigkeit, Bosheit, Niederkraft!“

„Hu!“ — sagte der Schlächter ganz entsetzt. „Hu! Kannst Du ihn übertrumpfen, Knapsted?“

„Und Du,“ zischte der Zöllner scheinbar ebenso erregt, — „weißt Du, was Du bist?“

„Nein!“

„Soll ich Dir sagen?“

„Bitte sehr!“

„Aber Du mußt nicht böse werden. Du mußt so ruhig bleiben, wie Du die ganze Zeit gewesen bist!“

„Huh?“

„Huh? Huh?“ riefen auch die anderen gespannt und ungeduldig.“

„Du bist,“ sagte Knapsted, und abermals blieb ein Lächeln hinter seinen Haarsärgeln hervor, — „Du bist ein herzensguter, braver, staatlich pensionierter Oberlehrerstübchenuhrschleiferfabrikant!“

„Er hat ihn übertrumpft! Er hat ihn übertrumpft!“ brüllte der Schlächtermeister und schlug mit den Händen gegen seine Schenkel. — „hol mich der Teufel, er hat ihn übertrumpft! — Eine neue Bowle, kleiner Thummelummlummlum! Ich spendiere sie!“

Madam Fredriksen hatte sich die Südstraße hinabgefämpft, in der der Südweststurm mit ganzer Gewalt faulzte und an ihrer Bekleidung riss und zerreiße und durch dieselbe hindurcheinigte, so daß sie den kalten Atem des Windes an ihrem nackten Gebammenkörper fühlte.

„Ein solches Unwetter ist mir doch noch nicht vorgekommen,“ sagte sie und klammerte sich mit ihren behandschuhten Fingern an Konditor Lams Mauer fest, um daran entlang um die Ecke in die Pfaffengasse zu gelangen, in der sie wohnte.

Endlich siegte sie und befand sich nun abermals in ruhigem Fahrwasser. Aber sie mußte sich gegen die Mauer lehnen, um sich zu verschaufen und ihren Anzug ein wenig zu ordnen. Das Kleid und die Röcke hatten eine halbe Wendung links gemacht.

Ein Dachstein stützte prasselnd hinter ihr nieder. Und in einem etwas weiterhin gelegenen Hause hörte man eine Thür unaufhaltsam auf und zu schlagen.

Die Madam lachte. Sie fand, daß dies Toben anfang, humoristisch zu werden.

Auf dem Trottoir kam ihr eine lange, gebogené männliche Gestalt entgegen. Sie war in Tücher und Schals gewickelt, und hatte eine Pelzmütze tief über die Ohren gezogen.

(Fortsetzung folgt.)

Eine weitere Note.

Aus Baden schreibt uns unser x. Korrespondent: Recht verdächtige Gesichter machen die „durchdringlichsten, hochgebrüdersten Freunde“ unserer Partei in deren letzten Sitzung, als eines ihrer hervorragendsten und wichtigsten Mitglieder, der Präsident des Oberlandesgerichts, Freiherr v. Neubronn, sich erhob, um eine gehörnische Philippika gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle zu schleudern. Er meinte, es werde wohl noch so weit kommen, daß weder das Reich noch der Staat, noch die Gemeinden auf notwendige Lebensmittelsteuern legen werden. Die natürliche Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat läne mit künstlichen Mitteln nicht aufgehalten werden. Es gebe in Deutschland auch noch Einwohner, die keine Landwirte sind und deren Interessen mindestens ebenso berücksichtigt zu werden verdienen, wie die der Agrarier. Der Gehirndozell sei eine schwere Belastung gerade für die ärmeren Schichten des Volkes; er wirke progressiv nach unten. Nun wieder müsse hervorgehoben werden, daß nur eine verschwindend geringe Zahl von Landwirten wirklichen Nutzen aus der Getreidegötererhöhung ziehe. In einer amtlichen Denkschrift der badischen Regierung aus den 80er Jahren über die Lage der Landwirtschaft werde hervorgehoben, daß von den badischen Landwirten nur 3,5 Proz. Nutzen von den Getreidezölle hätten. Das Verhältnis sei heute nicht anders. Redner wunderte sich auch gegen die heutige Reichsfinanzwirtschaft und meint, der einzige Ausweg werde schließlich die direkte Reichsvermögenssteuer sein. Gegen weitere indirekte Steuern, insbesondere auf Bier und Tabak, müßten sich besonders die süddeutschen Staaten wenden. Wenn erst diejenigen im Reiche, die im Reichstag die großen Ausgaben bewilligen, auch für die Mittel aufkommen müssen, dann werde man auch sparsamer werden und in einem etwas langsameren Tempo die riesigen Summen bewilligen. Es sei gut, daß die „ökonomische Grundslichkeit“ ein solches Monstrum von einem Zolltarif zusammengestellt habe, den keine Kommission und kein Reichstag bewältigen werde. Die Landwirtschaft befindet sich tatsächlich nicht in einer Notlage, habe vielmehr mit dem Aufschwung der Industrie auch Fortschritte gemacht. Die steigende wirtschaftliche Zwangserweiterungen seien gegen Anfang der 90er Jahre um bei nahe 50 Prozent zurückgegangen. Wer aus der Geschichte etwas gelernt hat, müsse der Überzeugung sein, daß mit der lebensfähigen Zollpolitik nicht lange gewirtschaftet werden könne, das Volk ließe sich das nicht bieten. Den Vorteil aus der ganzen Bewegung habe die Sozialdemokratie. Bei einer Reichstagswahl unter der Parole des Zolltarifs würde sie wahrscheinlich nicht nur als eine der stärksten, sondern sogar vielleicht als die stärkste Fraktion im Reichstag einzehen. — Und darauf: Punktum!

Berlin, 5. Februar. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Dankdagung Wilhelms II. für die ihm zugegangenen Gebrauchsblätter. Ferner wird vom Kaiser berichtet: Bei dem Abschiedsnachmittag vor General von der Golt am Montag hielt der Kaiser eine längere Ansprache. In derselben berührte er die Entwicklung des Ingenieur- und Pioniercorps und die Handlungen, die sich in demselben vollzogen haben, hob besonders die Verdienste hervor, die sich General von der Golt im das Corps erworben und brachte ihm ein dreimaliges Xxv!

Dem Berliner Tageblatt folge soll für die neue Geschichtsprofessur an der Berliner Universität Schiemann außersehen sein, der infolge der Demonstration der polnischen Studenten länglich mehrfach genannt wurde. Diese Demonstration hat andererseits blühend die Ausstellung von nicht weniger als zwölf „Mästigen“ Ausländern (drei Russen, ein Däne, ein Amerikaner und sieben Österreicher) zur Folge gehabt.

Nach einer offiziösen Note über den Zolltarif. Eine Berliner Festschrift der Süddeutschen Reichsvereinigung führt aus: „Die agrarische Presse unterschätzt absichtlich den Widerstand der verbindlichen Regierungen gegen eine hochschätzliche Zolltarif. Die Schatzzölle des Entwurfs seien ja festgesetzt, daß damit die auch im Interesse der Landwirtschaft liegende Sicherung der Einfuhr und Ausfuhr durch den Abschluss von Handelsverträgen zur Not noch vereinbar ist. Der Reichstagtag ist nach bestem Wissen und Gewissen bei Einlösung seines der Landwirtschaft gegebenen Versprechens bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Für die aufgestrebten Sperrmaßregeln gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse gibt es und wird es keinen Reichstagzähler geben.“

Die Kreuzzeitung, die lange geschwiegen hat, mahnt jetzt ihre Anhänger, sie mögen sich mit einer mäßigen Erhöhung der Zollzölle zufrieden geben. Man dürfe nicht zögern, eine Einigung in der Kommission herbeizuführen. Sonst läne „es dahin kommen, daß der Tarifentwurf nicht an der Obstruktion der Linken, auch nicht an dem Widerstand der verbindlichen Regierungen scheitert, sondern an der Unfähigkeit der schwäbischen Mehrheit, sich über bestimmte Vorstellungen zu einigen“. Hierin läge nach ihrer Auffassung „die denkbar schlimmste Geduldung der auf den Schutz der nationalen Arbeit gerichteten Bestrebungen“.

Freiherr von Hefl zu Herrnsheim hat der Frankfurter Zeitung aus Berlin mitgeteilt, daß die von ihr veröffentlichte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe ihm nahegelegt, aus der Zolltarifkommission auszuscheiden, völlig unwahr sei.

Die Budgetkommission des Reichstags begann gestern ihre Sitzung erst um 12 Uhr, nachdem eine Votabstimmung des Grundstücks für das Kolonialamt vorausgegangen war.

Abg. Bachem (Centr.) ist im Prinzip für den Erwerb des Grundstücks, das nicht so schlecht zu den Zwecken des Amtes sich eigne, wie er es sich gedacht habe. Der Preis sei aber zu hoch. Ein anderer Käufer wird sich nicht so leicht finden. In jedem Falle muß Sicherheit geboten werden, daß nicht Lust und Zeit nach der Seite des preußischen Staatsministeriums später einmal beschrankt werde.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) bekämpft die Forderung, indem er sowohl die Höhe des Preises wie die Größe des Grundstücks bemängelt.

Kolonialdirektor Stübel erklärt, schon vor 10 Jahren sei in der Böschstraße ein höherer Preis gezahlt worden. 1890 sei das Grundstück für 3 Millionen Mark, 1895 für 2½–2½ Millionen Mark verkauft worden.

Abg. Dr. Müller-Sagan bestreitet, daß es sich in allen diesen Fällen um reelle Verluste gehandelt hat. Es seien Grundstücke ausgetauscht und Hypotheken in Zahlung gegeben worden.

Prinz Arenberg (Centr.) findet, die lokale Bevölkerung habe erwiesen, daß das Grundstück in Qualität und Quantität in jeder Hinsicht ausreichend sei.

Abg. Böhme erklärt, im vorderen Teile habe ihm das Grundstück gefallen, nicht so nach der Mauerstraße zu; das Grundstück sei mit 1½ Millionen Mark schon gut bezahlt.

Direktor im Reichsschahamt, Geheimrat Ewele, befürwortet den Anfang damit, daß das Reich in der Wilhelmsstraße noch weiter Fuß zu fassen suchen müsse, solange dies noch möglich sei.

Abg. Graf Noor (cons.) will die Forderung bewilligen unter dem Vorbehalt, daß sich das preußische Staatsministerium im Sinne der Auseinandersetzung des Abg. Bachem finde. Achselich spricht sich Abg. Stockmann (Mecklenb.) aus.

Abg. Graf Stolberg (cons.) beantragt 2650000 Mk. zu bewilligen, da er zweifelt, daß das Grundstück zu billigerem Preise zu haben sein werde.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsforderung fallen gelassen und ein Auftrag Bachem (Centr.) zu Grunde gelegt, der nur einen Einkaufspreis von 2600000 Mk. bewilligen will unter der Voraussetzung, daß der preußische Stabschef eine moralische Garantie übernehme, für die Zukunft den Kreditoren des Grundstücks besseres Licht und bessere Lust zu erhalten. Zu dem ersten Teil dieses Antrags stellt Graf Noor (cons.) das Amendement, statt „2500000“ „2800000“ und Graf Stolberg (cons.) „2650000 Mk.“ einzusehen.

Das Amendement des Grafen Noor wird mit allen gegen 8 nationalliberale und konservative Stimmen, das Amendement Graf Stolberg mit 14 gegen 11 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Centrum abgelehnt. Der Auftrag Bachem wird mit allen gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen. — Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr (einstmalige Ausgaben des Militäretats).

Christus hatte keine Spesen. Er konnte darum unsonst Wunder verrichten. Miss Eddy aber, die Vertreterin der in Berlin so beliebten christlichen Wissenschaft, hat Spesen, und verkaufte darum ihre Bücher für 22 Mk. netto und franco und verlangt für die einmalige Ausleistung des göttlichen Weisens 3 Mk. von Vermietstellen mehr.

Der Direktor des Victoria-Pyramids in Berlin, Fräulein von Cotta, dem Vorsitzenden des Direktoriums, Herzog von Sachsenberg, und seinem Vertreter, Staatssekretär Herzog, scheint die Logik der christlichen Wissenschaft eingeleitet zu haben. Denn, wie die National-Zeitung — wir berichteten schon mehrfach darüber — mitteilt, ist in dieser Ausfahrt seit Jahr und Tag „christliche Wissenschaft“ getrieben worden.

Zudenfalls hat die schlüssige Miss Eddy den Geschichtesten wie den Geschorenen ein prächtiges Argument geliefert. Es geht einem ein ganzes Kirchenlicht auf über manches, was man von den berufenen Vertretern uneigennütziger Christenliebe hört. Christus hatte ja keine Spesen!

zu den preußischen Minister des Innern, Freiherrn v. Hammerstein, hat der Genosse Redakteur Anton Bredenbeck in Dortmund, infolge der beleidigenden Äußerungen im preußischen Abgeordnetenhaus, einen eingeschriebenen Brief gerichtet, in dem der Minister auf das Urtheil seiner Meinung verwiesen und aufgefordert wird, zu widerrufen. Bredenbeck kommt zunächst auf die Rede des Ministers zurück und schreibt dann wörter:

In diesen Angaben befinden sich eine Reihe thaläschlicher Unrichtigkeiten. Erstens bin ich nicht nur als Strafgefangener gesetzt worden, sondern ich wurde einer derartigen Behandlung auch bereits als Untersuchungsgefangener am 7. Februar 1901 in Dortmund ausgesetzt.

An diesem Tage wurde ich mit einem Strafgefangenen zusammengefesselt im Zellenwagen transportiert. Zweitens entspricht die Behauptung, ich sei der Schreiberknecht der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung, durchaus nicht den Thatsachen. Seit dem 1. Februar 1900 bin ich an diesem Blatte als Redakteur eines bestimmten Bezirks tätig, habe auch zeitweilig in Vertretung meiner Kollegen das Blatt durchaus selbständig redigiert.

Ich darf wohl von Ihrer Loyalität als selbstverständlich vorstellen, daß Sie diese thaläschlichen Unrichtigkeiten von derselben Stelle aus bekannt geben werden, von der aus Sie die vorhin erwähnten Angriffe gegen meine Person gerichtet haben.

Ob der Herr Minister so viel Mut haben wird, zu erklären, daß er von seinen Untergebenen falsche Informationen erhalten hat? Mit Stillschweigen kann er nicht darüber hinweg, da im preußischen Abgeordnetenhaus neben Dr. Barth auch der Justizrat Dr. Träger sich der Sache angenommen hat.

Herr v. Puttkamer-Blauth veröffentlicht einen Brief an die Wähler von Elbing-Marienburg, in dem er ihnen die Niederlegung seines Reichstagsmandats mitteilt. Er schreibt darin: „Die diesjährige Session wird nicht allein bis tief in den Sommer währen, sondern auch wegen der Entscheidung über den Zolltarif von besonderer Bedeutung sein. Mein Erfolgszustand gestattet mir leider nicht, den hiermit verknüpften Anforderungen zu genügen, so daß der Wahlkreis vielleicht in wichtigen Momenten unvertreten sein würde, wofür ich die Verantwortung nicht tragen mag. Jetzt bleibt so viel Zeit, eine Nachwahl vorzunehmen, daß im richtigen Augenblick ein neuer Abgeordneter da sein wird.“

Der agrarische Herr v. Puttkamer ist in seinem Sinne Optimist. Auch einem Gefünderen als ihm wird da schwerlich viel zu thun übrig bleiben.

christliche Toleranz in der Pragis. In der Presse ist neuerdings ein Fall mehrfach erwähnt worden, der erstaunte Beachtung verdient und das „Christentum“ der Geistlichkeit in eigentlichem Sinne erscheinen läßt. Vor nahezu zwei Jahren starb in Bütgenhadt (Kreis Dortmund) der Parteigenosse Johann Kramer, der auch der katholischen Kirche noch angehörte. Der katholische Pfarrer Harder verweigerte das Begräbnis auf dem Friedhof, da Kramer ein Säuber gewesen sei, was aber nicht den Thatsachen entspricht und den Pfarrer gar nichts ainging. Der daraus angerufene evangelische Pfarrer folgte zu, kurz danach aber wieder ab. Nun wurde die Leiche auf dem sogenannten Schindanger auf Anordnung des katholischen Pfarrers hin begraben. Ein Denkmal zu sehn wurde der Witwe ebenfalls verwelkt. Diese klage nun gegen die katholische Gemeinde und erlangte auch vor dem Dortmunder Landgericht ein obsthendes Urteil, das vor dem Oberlandesgericht und jetzt auch von dem Reichsgericht bestätigt wurde. Der Pfarrer hatte die Einwendung vor Gericht gemacht, Kramer sei Führer und Agitator der sozialdemokratischen Partei gewesen und habe aus seiner atheistischen Gesinnung keinen Hehl gemacht, während das Grabdenkmal aus sozialdemokratischen Parteimitteln bezahlt werden sollte. Alles nützte nichts. Die katholische Kirchengemeinde wurde verurteilt, die Überreste auf ihrem Friedhof und zwar „in die Tiefe“ beizusezen; da Kramer das Areal auf ein ehliches Begräbnis gehabt habe. Das obsthende Urteil in letzter Instanz ist nun den Vertretern der christlichen Christenliebe schwer in die Glieder gefahren. So ordneten sie an, daß die

Überreste unseres Genossen in der Sonnabendnacht ausgegraben und dem katholischen Friedhof zugeschafft würden. Weder der Frau noch sonst jemand ist Mitteilung davon gemacht worden. Beide Grüber waren selbst am Montag noch nicht richtig wieder zugeworfen. Selbst über den Tod hinaus kennt die Nachsicht der Allerchristlichsten keine Grenzen.

kleine politische Nachrichten. Neben die projektierten deutschen Festungsbauten bei Basel hat sich auch der schweizerische Bundesrat informiert, woraus sich ergab, daß der deutsche Generalstab Studien und Messungen habe vornehmen lassen. Auf eine Verstärkung des Bauvorhabens lasse nichts schließen, weshalb von einer Erhöhung von Vorstellungen bei der Reichsregierung Abstand genommen werden sei. — Die St. James Gazette sagt, es sei in in der Lage, aus besserer Quelle zu erklären, daß Salisbury mit Ende der jetzigen parlamentarischen Session zurücktreten werde, wenn bis dahin der Krieg beendet sei. — Im nordamerikanischen Repräsentantenhaus legte Godman eine Resolution vor, welche den Präsidenten Arthur zu einem Besuch Amerikas als Gast der amerikanischen Nation einlädt.

Oesterreich-Ungarn.**Ter Wiederzusammenritt des Abgeordnetenhauses.**

Wien, 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus ist heute nach siebenwochentlicher Unterbrechung seiner Sitzungen wieder zusammengetreten. Das Haus fand mehrere Vorlagen der Regierung vor, insbesondere einen Gesetzentwurf über die Konversionierung der in Staatschuldverschreibungen umgewandelten Aktien der Karl-Ludwigsbahn und eine Vorlage über die provisorische Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit Ungarn. Dem Hause liegt ein von den Jungtheben eingeführter Dringlichkeitsantrag über die Gruben-Katastrophe im Jupiter-Schacht in Brüll vor. Die Dringlichkeitsanträge über die Symbolische-Kündigung an die Boers und über die Errichtung einer ruthenischen Universität sind zunächst zurückgestellt.

Nach der Begründung der zwei auf die Brüller Katastrophe bezüglichen Anträge, durch die Abgeordneten Rastian und Rieger, erklärt der Ackerbauminister Freiherr v. Giovannelli: Die Regierung sei mit der dringlichen Behandlung der Angelegenheit einverstanden. Sofort nach der höchstbeladenen Katastrophe im Jupiter-Schacht seien bergbehördliche und strafgerichtliche Ermittlungen eingeleitet worden, die jedoch infolge der Unmöglichkeit der Erfahrung des Jupiter-Schachtes noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Die Regierung werde mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Ermittlungen genau gepflogen werden und sollte sich ergeben, daß irgend jemand ein Verschulden trifft, so werde gegen denselben mit aller Strenge vorgegangen werden.

Nach längerer Dringlichkeit wird sowohl die Dringlichkeit als auch das Meritum der zur Verhandlung stehenden Dringlichkeitsanträge, worin die Regierung u. a. aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über Bergbauinspektion baldigst vorzulegen, einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend.**Australien.****Eine Stimme für die Buren.**

Sydney, 4. Februar. In ihrer Schlusshaltung wurde von der Konferenz der Politischen Arbeitsliga (political labor league) nach lebhafter Debatte mit 30 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche sich für Autonomie der Buren, Amnestierung der Kaprebel und Wiederaufrichtung der Farmen ausspricht. Die Resolution soll dem Premierminister des Bundes und dem Führer der liberalen Partei im Reichsparlament vorgelegt werden.

Sächsischer Landtag.**s. Dresden, 4. Februar.**

Zunächst verhandelte die Kammer über die Beschwerde des Arthur Dümpter in Scheppach bei Königswartha. Dieser Herr besitzt seinen eigenen Angaben nach eine sorgfältig gepflegte Obstbaumkultur und Gartenanlage in dem genannten Orte; er schätzt den Wert auf 20 000 Mk. Diese Anlage soll nun infolge der Vergrößerung einer in der Nähe seines Gartens befindlichen Glasfabrik durch Rauchschäden nachteilig beeinflusst werden. Er hat nun gegen die Erweiterung der Glasfabrik Einspruch erhoben, ist jedoch in der Hauptfrage in allen Instanzen abgewiesen worden. Jetzt kommt er an den Landtag, wo seiner Beschwerde das gleiche Schicksal bereitet wird, denn die Zweite Kammer beschloß nach langen, unentschließlichen Auseinandersetzungen des Abg. Kockel einstimmig, die Beschwerde auf sich beruhnen zu lassen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Schlussberatung des Abteilungsberichts über die Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Rößls im 1. städtischen Wahlkreise, die angefochten worden war. Von den Herren Dr. Uhlig, Buchdruckereibesitzer Schwager und Dr. Oppermann, sämtlich in Bittau, war in dem Protest behauptet worden, im 4. Wahlbezirk der 2. Wahlklasse der Stadt Bittau habe die Wahl handlung etwa eine Viertelstunde zu spät begonnen, was zur Folge hatte, daß Wähler wieder fortgegangen seien und nicht gewählt hätten. Da die Mehrheit bei den Wahlmännerwahlen in diesem Bezirk nur gering war, muß die Abteilung den Einwand fallen lassen, bemerkte aber, daß das Ergebnis der Abgeordnetenwahl dadurch nicht beeinflusst worden wäre. Ferner war in der Petition ergründ, daß die Städte Bernstadt und Wehlenberg für sich Wahlbezirk gebildet hätten, obwohl sie nicht, wie das Gesetz vorsieht, 1500 Einwohner hätten. Die Abteilung hält diese Abweichung von den Bestimmungen des Wahlgesetzes unter Hinweis auf die in den §§ 2 und 3 des Wahlgesetzes zugelassenen Ausnahmen für ungültig. Sie beantragt daher, die Wahl des Abgeordneten Rößls für gültig zu erklären.

Der Berichterstatter Abg. Spiegel-Birnbaum beschränkt sich in der Hauptfrage auf einen Hinweis auf den schriftlichen Bericht und steht der Hoffnung Ausdruck, daß dieser auch den Anstrebungen der Regierung entspreche.

Staatsminister v. Meissner bestätigt das, bemerkte aber, daß für Wahlmänner im 4. Bezirk der 2. Klasse in Bittau Neuwahl vorgenommen werden müssten, nachdem sie für ungültig erklärt worden seien.

Darauf beschließt die Kammer, die Wahl des Abg. Rößls für gültig zu erklären.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 5. Februar. Tagesordnung: Vorberatung über den Gesetzentwurf betreffend die Erziehung Minderjähriger.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Held unausgesetzt thätig für die Verbündung
neuer Abonnenten!

Gier zu zwei Beiträgen.

Holzarbeiter der Musikindustrie.

Freitag den 7. Februar 1902 abends 8 Uhr

Oeffentliche Versammlung

der in der Musikindustrie beschäftigten Holzarbeiter

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Die allgemeine Lage der Musikinstrumentenarbeiter. Referent: Kollege Böhle-Berlin.
2. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Die wichtige Tagesordnung macht es jedem zur Pflicht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu agitieren.

Die Sektionsleitung der Musikinstrumentenarbeiter.

1070] Tagessitzung: 1. Die allgemeine Lage der Musikinstrumentenarbeiter. Referent: Kollege Böhle-Berlin.

2. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Die wichtige Tagesordnung macht es jedem zur Pflicht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu agitieren.

Die Sektionsleitung der Musikinstrumentenarbeiter.

1070]

Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag den 6. Februar abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Gambrinus zu L-Connewitz.

Tagesordnung: Vortrag über: Die Stellung der Arbeiter im öffentlichen Leben. Referent: Genosse E. Aloth.

Gäste willkommen. Es ist Pflicht der Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

NB. Bestätigung des Banderschen Instituts Sonntag den 9. Februar. Abgang vom Vereinslokal früh 1/2 10 Uhr.

Böttcher Leipzigs und Umgegend.

Sonnabend den 8. Februar 1902

Grosses Winter-Vergnügen

in den Räumen des Schloss Lindenfeld, Lindenau, Karl-Heine-Str.

Punkt 1/2 10 Uhr Aufführung des Historischen

Röllentanzes und allem, was darum und daran hängt, als:

"Gambrinus auf seinem Throne"; Bachus, Wingenmädchen;

Ausbauen des "Wundersaales". Das Butterweib (urlaublich) u. c.

Programme im Vorverkauf à 20 Pfg. sind zu haben beim

Böttcher im Lindenfeld, Cigarrenhaus Hiebler, Schöherde

Straße und Herm. Albu, Plagwitz, Schöherde Str. 31 b, IV.

Einlass 7 Uhr Anfang 8 Uhr.

Einen genussreichen Abend versprechend, lädt ganz ergebnis ein

1061] Das Komitee.

Vor Renovierung des alten

Johannisthals, Hospitalstrasse 22

erlaubt sich Unterzeichneter Donnerstag den 6. Februar zum Familien-Abend einzuladen. Zum Ausschank kommt Bockbier aus der Brauerei Blobeck & Comp.

1067] Louis Dittrich, junger Besitzer.

Automaten - Restaurant

Hainstraße 26.

Sehenswert! Sehenswert!

Ausgestellt sind grossartige Kunstwerke.

Hente und folgende Tage

Grosses Bockbier-Fest.

ff. Bockwürstchen.

Sämtliche Automaten sind im Betrieb.

Ergebnis lädt ein R. Streubel.

Leutzsch, Alter Gasthof.

Freitag den 7. Februar

Grosser Volks-Maskenball.

Es lädt ergebnis ein

[1072]

A. Bremer.

Kaffee

geröstet

Psund M. 2.—

Menado-Mischung

1.80

Gehou

1.80

Brauner

1.80

Reichherr

1.80

Java

1.20

Santos

1.—

In vorzüglichsten Qualitäten empfiehlt

[745]

Julius Schümichen

Schützenstrasse 5.

Leipzig.

Im Sturmschritt

Jagen sich heute die Erfindungen, im Wettlauf der Waschmittel ist

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke "SCHWAN", das erste aller Seifenpulver, unerreicht an der Spitze, weil es noch heute von derselben unübertrefflichen Güte ist wie damals, als es das einzige Seifenpulver war.

Zu haben in allen besseren Handlungen!



Der Weg zum Erfolg geht durch den Wagen, das soll sie jede Gattin sagen und täglich Wurm dem Gatten geben, dann flieht sie Rosen ihm ins Leben, weil Sie ausdrückt. Wurms Magendoktor. Vertreter Chr. Müller, Eisenbahnstr. 100.

Berantwortlicher Redakteur: F. Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

5. Februar

Jede Hausfrau verlange

„MOHRA“ BUTTER.

einzig bester und billigster Ersatz für

Orts-Krankenkasse.

Hierdurch machen wir den geehrten Herrn Generalversammlungs-Vertretern, Mitgliedern und Arbeitgebern die erfreuliche Mitteilung, dass Herr Kommerzienrat Dr. Schwabe, wenn schon nach langen und schweren Bedenken, unsern Bitte, unterstützt von vielseitig — auch von höherer Stelle — in ehrenvoller Weise an ihn ergangenen Wünschen, nachgegeben und sich bereit erklärt hat, unsere einstimmige, auf ihn gefallene Wiederwahl zum Vorsitzenden im Vorstande der Ortskrankenkassee für Leipzig und Umgegend anzunehmen.

Wir geben der Freude und Genugthuung darüber Ausdruck, dass es uns gelungen ist, die ausgezeichnete Kraft dieses unseres langjährigen, bewährten und hochverdienten Vorsitzenden auch für fernere Zeit der Kasse zu erhalten, zum Nutzen und Segen weiterer Kreise unserer Bevölkerung.

Leipzig, am 4. Februar 1902.

Die Mitglieder des Vorstandes

der Ortskrankenkassee für Leipzig und Umgegend.

Nich. Braun,stellvert. Vorsitzender. Wilh. Bär. Herm. Blumenstein, Ehregott Haselkorn. Nich. Hendel. Arno Kaufmann. Wilh. Korn, J. Mäler. Ludwig Maierbacher. Alb. Niescher. Herm. Ohmann, Moritz Prich. Robert Ross. Johannes Röhle. Franz Schäfer, William Steinmeier. Felix Utrich.

Wohnungen

zu vermieten. Lindenau, Geraer Str. 16,

Ecke Weststr. Näheres bei Bojet basel.

Wohnungen

zu vermieten. Kleinjoh., Antonienstr. 44,

Nähe es dasselb. 1. Etage bei B. Schöbel.

Kleinjoh., Baumannstr. 11, ist ein schöner Laden mit Wohnung zu vermieten.

Bertoldshausen ist zu Dneen ein

Logis, best. aus 2 Stuben, 1 Kammer

und Küche, im Preis von 286 M. zu

vermietet. Plagwitz, Amalienstr. 5, III.

Stolz, 280 M. 1. Wk. zu verm.

Plagwitz, Weihenfelser Str. 64, II.

Gr. Stolz, Stube u. Kochen g. verm.

Plagwitz, Rößelschenstr. 7, II., g. b. Bahnh.

Leere Stube an eine Person zu verm.

Neubrücke 44, 3. Et.

Leere Stube zu Nochsen zu vermieten.

Kleinjoh., Eichstr. 10, II. I.

Frdl. Zimmer als Schlafst. soz. zu

Anger, Grotendorfer Str. 28, v. II.

Freundliche Stube

für Herrn zu verm. Brautstr. 20, II. v.

Schlafstelle für Herrn zu vermieten.

Neuschönfeld, Kirchstr. 59, I. I.

Stolz, 1. I. Juli 1902, 250-350 M. Nähe

Nord-od. Altstädter Str. Tom-niusstr. 8, I.

Unserem lieben Vater Karl Schubert die

herz. Glückw. 37 Geburtstag. Frau n. Kind.

Unserem lieben Freund und Sohn

Karl Schubert die herzlichsten

Glückwünsche zu seinem 37. Geburtstag.

G. S. R. R.

Wir gratulieren unserem lieben Papa

Bruno Schubert zu seinem Geburtstage.

Unserem lieben Papa L. Tschöpf die herz.

Wünsch. 31. Wiegenfest. Mama, G. O. V.

Wir gratulieren unserem lieben Großvater

J. Oertel. Geburtstage. Wiesch. u. M. Anton.

Unserer lieben Hausmutter Frau Bef

die herzlichsten Glückw. z. Geburtstag.

Frau Beck zum heutigen Tage ein

treifliches Hoch. Die Golde 24.

Frau Beck zum Geburtstage ein dona-

hoch, das die ganze 24 wackelt.

Wir gratulieren Frau Beck herzlich

zum Geburtstag.

Hegelot Schub zur Hochzeit lebe hoch

— ?

Billards, neue u. gebrauchte Bälle,

A. Immisch. Humboldtstr. 7.

Gebrauchte Fahrräder bislang.

Sommerlässe. Plaßendorfer Strasse 18

sofort zu verkaufen.

Produktengeschäft

(mit Schlachten). Adr. u. L. 18 u. o. Epp. d. 41.

Arth. Burgstr. 25

Jetzt

Gasch

et. 1. Mär. v.

Stempel

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

a. Eine Arbeitslosenzählung wurde am Sonntag auch in Fürth von den Gewerkschaften vorgenommen. Der Magistrat hatte hierzu zur Deckung der Druckkosten 200 Ml. bewilligt. Nach vorläufiger Feststellung wurden gezählt: 1009 (888 männliche, 178 weibliche) Arbeitslose, 481 sind verheiratet, 528 ledig. Die Verheirateten haben zusammen 624 Kinder, wobei aber die Kinder der weiblichen Arbeitslosen nicht mitgezählt sind. Mit verfünftiger Arbeitszeit arbeiten 1605 Personen (1421 männlich und 204 weiblich). Die ermittelte Lässer dürfte noch etwas zu niedrig sein, da die Zähler viele Thüren verschlossen fanden und die Angaben häufig nur mit Widerstreben gemacht wurden. Die Arbeit wurde durch 250 freiwillige Zähler in kurzer Zeit geleistet. Da Fürth 54000 Einwohner besitzt, ist der Prozentsatz der Arbeitslosen ziemlich der gleiche wie in Nürnberg, wo bei 261000 Einwohnern 4801 Arbeitslose gezählt wurden. In Nürnberg sucht aber die liberale Stadtvorstellung und ihre liberale Preßhappnischafft, um die eigene Unschuld auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge zu bemächtigen, das Resultat anzupwischen und die verdienstliche Arbeit der Gewerkschaften zu diskreditieren.

a. b. Förderungseinschränkungen. Teply, 5. Febr. (Privattelegramm.) Auf den nordböhmischen Kohlenwerken ist eine 25% bis 30%ige Förderungseinschränkung eingetreten. Auf sämtlichen Schächten sind bis jetzt zwei Förderschichten in der Woche eingezogen.

Never die Arbeitslosigkeit in Schweden wird der Arbeitsmarktsprechend geschrieben: Verminderte Beschäftigungsgelegenheit wirkt im hohen Norden anders als in südlichen Breitengraden. Da die langen und kalten Winter für einen größeren Teil der Bevölkerung als anderswo eine Unterbrechung der Berufstätigkeit mit sich bringt, so ist man mehr auf Abwehrmaßregeln eingerichtet. In Malmö hat sich sogar ein eigener Verein der Arbeitslosen gebildet. In einem Schreiben an die Stadthauptstelle und die Hafendirktion geht der Verein an, daß gegenwärtig ungefähr 8000 Personen das Notwendigste zum Lebensunterhalt mangelt. Das merkwürdige Unternehmen einer privaten Arbeitslosenzählung im ganzen Lande hat hier die Landesorganisation der Fachvereine in Schweden in die Hand genommen. In Stockholm hatten sich bis zum 30. Januar im Bureau des Volkshauses 1442 Arbeitslose gemeldet. Um den Arbeitslosen eine zeitfreie und vereinfachte Beschäftigung zu verschaffen, sollen täglich im Volkshaus Vorlesungen gehalten werden. In Gothenburg sollen nach Angaben der Fachvereine 5000 Arbeitslose sein. In der Städteverordnetenversammlung wurden von verschiedenen Seiten die Angaben bezweifelt und angegeben, daß die Anzahl der Arbeitslosen in diesem Winter nicht größer sei, als in früheren Jahren. Auch wurde behauptet, daß zahlreiche beschäftigungslose Arbeiter aus den Landstrichen nach Gothenburg läufen, nachdem sich die Kunde verbreitet hatte, daß die Stadt im möglichsten Umfang für die Beschäftigung der Arbeitslosen Sorge tragen wolle. Es ist anzunehmen, daß eine so musterhaft verwaltete Stadt, wie Gothenburg, bei der Arbeitslosenbeschäftigung wohl die Länge des Aufenthalts feststellen wird.

Gewerkschaftliches.

Der Ausstand der Schiffsoberen in Triest. Die Verwaltung des Österreichischen Lloyd bewilligte teilweise die Forderungen der auständigen Seizer, sie lehnte jedoch die verlangte Herauslösung der Arbeitszeit im Hafen um 2%, Stunden ab. Eine Verkehrsleitung ist bis jetzt nicht eingetreten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die allgemeine Vorberatung über den Staatshaushalt für 1902/03 begann gestern die Erste Kammer. Wenn die Debatte auch noch nicht beendet ist, so hat sie doch bereits volle Klarheit geschaffen über die Stellung der Ersten Kammer zu der schwebenden Steuerreform, zu dem Wohnungsgeldzuschuß und der Finanzlage im Lande und im Reich. Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen, läßt sich dahin zusammenfassen, daß in der Ersten Kammer an die Annahme der Vermögenssteuer, an die Erhöhung der Steuerzölze der Einkommensteuer und an die Wohnungsgeldzuschüsse in ihrem vollen Umfang nicht zu denken ist. Der Opposition der Ersten Kammer stand der Finanzminister ganz allein und völlig ohnmächtig gegenüber. Der Referent Dr. v. Wächter-Röcknitz empfahl, das Deficit im Etat durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu decken, weil man in besseren Zeiten einen Zuschlag eher aufheben könne als eine Steuer. Statt für eine Vermögenssteuer würde er aber schließlich für eine Steuer auf fundiertes Einkommen zu haben sein. Auch der Kammerherr Sohren von Saar erkennt eine stärkere Herausziehung des fundierten Einkommens zu den Steuerlasten als berechtigt an, doch gegen den vorgelegten Entwurf einer Vermögenssteuer hegt er die schwersten Bedenken. Der

Grundbesitz sollte aus dem Bereich der Vermögenssteuer ausgeschieden werden. Oberbürgermeister a. D. Dr. Georgi ist der Meinung, daß die Bedenken, die früher gegen die Vermögenssteuer gestellt wurden, auch heute noch nicht bestätigt seien. Eine Erschafastener in gemildeter Form werde vielleicht eher Anklang finden als eine Vermögenssteuer. Die nächstliegenden Bedenken möglichen durch eine Erhöhung der Einkommensteuerlast gedeckt werden, jedoch dürfte diese Erhöhung nicht für alle Seiten festgelegt werden, sondern nur für die gegenwärtige Budgetperiode.

Eine große Rolle spielt in der Debatte das finanzielle Verhältnis Sachsen zum Reich. Oberbürgermeister Bentler-Dresden ist der Überzeugung, daß selbst die Mittel, welche unsere Steuerreform schaffen sollte, nicht dazu ausreichen würden, die Beträge an das Reich aus der Staatskasse zu zahlen, die über den Überweisungsbetrag hinausgehen. Es müsse eine anderweitige Erhöhung der direkten Steuer in Sachsen eintreten und deshalb hofft Medner auch auf die Annahme der Vermögenssteuer, wenn die Regierung einigermaßen den Wünschen des Landtages entgegenkomme. Unsere Regierung wolle im Reich darauf hinweisen, daß es in Sachsen unmöglich sei, die Finanzen der direkten Steuern weiter anzuzeigen, als es in der beabsichtigten Steuerreform zum Ausdruck gekommen sei, und daß das Reich mit seinen indirekten Einnahmen auskommen müsse. Er hat zu dem Reichskanzler das Vertrauen, daß er die Einzelstaaten nicht weiter belasten werde. Bier, Brannwein und Tabak müssen mehr herangezogen werden. Die staatsverhältnisse Parteien sollten unter Vergleich darauf, dem Volke gefällig zu sein, für die Besteuerung dieser Artikel stimmen. Und das sagt der Leiter eines großen Gemeinwesens, dessen Bevölkerung nicht nur unter der Last der indirekten Reichssteuern, sondern auch unter drückenden kommunalen Lebensmittelsteuern schwer zu leiden hat. Interessant ist, daß der Finanzminister v. Wahldorf in Bezug auf das finanzielle Verhältnis zum Reich erklärte, daß die Regierung die bindende Befreiung vom Reichskanzler habe, daß Maßregeln ergreifen werden sollen, die eine Verbesserung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Bundesstaaten zur Folge haben würden. Worin diese Maßnahmen bestehen sollen, könne er nicht wissen, er glaubt aber, daß der Herr Reichskanzler in nicht allzu ferner Zeit entsprechende Vorschläge dem Bundesrat zugehen lassen werde.

Danach kam also das Volk mit Sicherheit auf neue indirekte Reichssteuern rechnen. Wie lange allerdings diese Steuern angesichts der Martinvorlage, die in den nächsten Jahren an den Landtag gelangen wird, vorhalten werden, ist eine andere Frage. Die Erste Kammer des Landtags, in der sich gestern mehrere Medner rühmten, daß sie nicht nur zum Zuhören da seien, sondern auch Nein sagen könnten, redet also einer höheren Belastung des Volkes durch weitere indirekte Steuern das Wort, für den Grundbesitz möchte sie aber am liebsten das mittelalterliche Privilegium der Steuerfreiheit wieder herbeiführen. Das Schicksal der Steuerreform der Regierung aber und die Wohnungsgeldzuschüsse ist heute ungewisser denn je.

Einen Gesetzentwurf über die Zwangserziehung Minderjähriger hat die Regierung den Kammern vorgelegt. Da der Entwurf morgen in der Zweiten Kammer zur Verhandlung gelangt, sei hier das Wesentliche aus dem Entwurf mitgeteilt: Die Zwangserziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Pessierungseinrichtung. Vor vollendetem sechsten Lebensjahr soll ein Minderjähriger nicht in einer Anstalt untergebracht werden. Die Zwangserziehung wird vom Vormundschaftsgericht angeordnet. Das Vormundschaftsgericht verfügt von Amts wegen oder auf Antrag. Zur Stellung des Antrags ist die untere Verwaltungsbehörde des Ortes, an welchem der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, und bei einem schulpflichtigen Minderjährigen auch die Bezirksschulinspektion zuständig. Die Durchführung der Zwangserziehung liegt den Kommunalverbänden ob. Der Kommunalverband hat zu entscheiden, ob Familien- oder Anstaltsziehung eintreten soll, und demgemäß den Minderjährigen entweder in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Pessierungseinrichtung unterzubringen, die erfolgte Unterbringung dem Vormundschaftsgericht mitzuteilen, den Zugang der Zwangserziehung zu überwachen und nach deren Beendigung für den Minderjährigen, soweit nötig, ein angemessenes Unterkommen zu beschaffen. Die Zwangserziehung endigt mit dem Eintritt der Volljährigkeit. Die Kosten der

Zwangserziehung sind von dem verpflichteten Kommunalverband zu tragen oder doch vorzuschreiben, gelten aber nicht als Armenunterstützung. In der Begründung des Entwurfs heißt es:

Die Verhältnisse drängen auf diesem Gebiete zu durchgreifenden Maßregeln. Die Klagen über Verrohung der Jugend machen sich bedenklich und es bergen die ihnen zu Grunde liegenden Thaten eine grobe Plage für die Gegenwart, eine noch größere Gefahr für die Zukunft in sich. Insoweit der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung unserer Verhältnisse wird ein großer Teil der heranwachsenden Jugend zeitiger als ebendem selbstständig, damit aber zugleich ungebunden und der Versübung zum bösen leichter zugänglich. Haltlose Naturen ergeben sich zugelossen dem Genuss und Sünder, wenn die Mittel hierzu fehlen, vor Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und, wie die neueste Zeit wieder gelehrt hat, selbst vor Raub und Mord nicht zurück. Von Jugendlichen begangene Sachbeschädigung, Körperverletzung, Rötzung und Bedrohung sind nur zu häufig, und bei öffentlichen Unruhen stellen halbwüchsige Burischen die freudigen Kubellöder, die gewaltthätigen Angreifer. Von der weiblichen Jugend verfällt aber leider ein nur zu großer Teil, kann der Schul entwachsen, der Gewerbsaufzucht, ohne daß zur Zeit eine Handhabung gegeben wäre, sie dem unsittlichen Leben eher zu entziehen, als bis sie so weit gelunken sind, daß sie der korrektesten Nachsicht überwiesen werden können. Straflichtliches Einschreiten reicht hier erfahrungsgemäß nicht allein aus, um der wachsenden Kriminalität der Jugend zu begegnen; es gilt, der Verwahrlosung schon in ihren Anfängen entgegenzutreten, die gefährdeten Jugendlichen aus der verderblichen Umgebung, in der sie sich befinden, herauszureißen und gegen die ihnen innewohnenden schlimmen Neigungen anzukämpfen, indem man sie einer gerechten, feilicke wie körperlich auf sie einwirkenden Erziehung unterwirft. Solche Erziehung in austrocknendem Maße zu ermöglichen, muß als eine der vornehmsten Aufgaben des Staates und als ein dringendes Gebot sozialer Fürsorge für die Zukunft unseres Volkes erachtet werden, und je energischer solche vordeutende Maßregeln ergriffen werden, um so sicherer und größer wird ihr Erfolg sein.

Und ahnt schon, in welch beweglichen Klagen sich die Kammer über die zunehmende Kloheit der Jugend, natürlich nur der ärmeren Jugend, morgen ergehen wird. Von einer Körperschaft, deren sozialpolitisches Verständnis unter Null steht, ist nicht zu erwarten, daß sie die moralischen Schäden, soweit solche wirklich unter der Jugend der ärmeren Leute sich bemerkbar machen, auf ihre wirkliche Ursache, das heißt auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse zurückführen werde. Gegen solche, aus natürlichen Ursachen erwachsene Schäden vermag die Zwangserziehung aber gar nichts auszurichten, sie ist im Gegenteil nur geeignet, das Lebel zu verschärfen. Das einzige Mittel, die zunehmende Verrohung der Jugend hinzanzuhalten, ist die Besserung der sozialen Lage des Volkes. Statt dessen betreiben die Regierungen die Lebensmittelverteilung und fördern dadurch die Not und damit auch die "Verwöhnung" des Volkes. Der vorgelegte Entwurf über die Zwangserziehung Minderjähriger verdeutlicht wieder, daß in der bürgerlichen Gesellschaft alles verkehrt ist.

Zu der Niederlage des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Dr. Vogel im 10. sächsischen Wahlkreis wird der Frankfurter Zeitung aus Dresden geschrieben: In Dresdener nationalliberalen Kreisen, wo man Herrn Dr. Vogel als Politiker kennt und die antiagrarische Stimmung seines Wahlkreises richtig beurteilt, rechnete man auf seine Niederlage; ja man glaubte sogar, diese werde noch gründlicher sein, als sie ohnehin ist. Man hatte daher dort lieber einen anderen Mann auf Posten gesetzt, einen Mann der entschiedeneren Art, jedenfalls einen ausgesprochenen und ehrlichen Gegner der Lebensmittelzoll-Erhöhung. Nun haben die tonangebenden sächsischen Nationalliberalen ihren Wahn dahin. Ob die Niederlage für sie eine Lehre sein wird, bezweifeln wir. Diesen Herren ist die Welt zu sehr mit konservativ-agrarischen Breitern vergängt; sie können keinen anderen Weg finden, ihr Schicksal als Partei wird sein, von den konservativen Agrariern und ihren energischen Gegnern solange führte zu erhalten, bis sie ganz zu Kreuze kriechen und schließlich ganz und gar aufgehen in der konservativen Partei.

Zwickau, 4. Februar. Zur Krebsgrabschlusse angelegene wird dem Leipziger Tageblatt (Zwickauer Blätter bringen noch nichts davon) geschrieben: Der Krebsgrabschlusstreit zwischen der Stadtgemeinde Zwickau und der Landgemeinde Schedewitz hat jetzt eine neue Wendung zu Ungunsten der Stadt Zwickau dadurch erfahren, daß der Ge-

Aleine Chronik.

Leipzig, 5. Februar.

Maria Magdalena.

(Ein bürgerliches Traverspiel in drei Akten, von Friedrich Hebbel. Neu einstudiert und zum erstenmal wieder aufgeführt im Alten Theater am 4. Februar.)

„... nicht allein, daß die plattesten Machwerke den poetischen Produktionen den Zutritt versperren, das Publikum verlor auch die Empfänglichkeit für sie, und wenn sie sich einmal bis zu den Lampen hindurch arbeiteten, so wurden sie angestarrt, wie der kleinste Gast, der auf der Maskerade erscheint, und dienten nur dazu, den Triumph der Gemeinhheit zu erhöhen und in gewisser Art als einen wohlberechtigten zu bestätigen. Man braucht die Kirche nur in einen Ballaal zu verwandeln, so will jedermann auch auf der Kanzel statt des Predigers den Spielermann sehen, und man braucht nur fünfzigmal die Grille zu geben, um sicher zu sein, daß der Prinz von Homburg nicht gefällt, wenn man ihn folgen läßt. Sobald das ideale Drama aber auf dem Theater keinen Boden mehr findet, hat dieses auch aufgehört zu existieren, und es ist ganz einerlei, ob der Hund des Aubry, dem Goethe einst weichen mußte, seine Künste drauf treibt, oder ob die Menschen-Doguerotypie in Schröders oder Ifflands Stim darum gepflegt wird.“

„... wir werden nicht von einer Hebung und Läuterung des Repertoires gewahr, von der man doch ausgehen müßte, wir sind auch weit davon entfernt, uns der Hoffnung zu ergeben, daß unsere Bemühungen viel zur Verbesserung des miserablen Zustandes im ganzen beitragen werden, aber wir glauben doch zur Abstellung manches Detailunges, der in der Stille betrieben wird, durch schönungslose Ausdeckung des Unserigen thun zu können, und wir wollen, nun wir nachgentlichen haben, daß die Bühne zuweilen zwar sehr schlecht, aber nie gleichgültig ist, nicht ermüden, an das zu machen, was der Nation früher oder später wieder zu eilen verhelfen kann.“

Mit diesen Worten, die Friedrich Hebbel vor dreizehn Jahren geschrieben hat, ist die erschreckende Thatsache erklärt, daß am 4. Februar 1902, als man zum erstenmal wieder seit unvorbenommenen Zeiten eines der gewaltigsten Meisterwerke der Literatur auf die Leipziger Bühne brachte, die vornehmsten Ränge lässenfaulnisse aufwiesen. Gestehen wir es nur ehrlich, daß dieses pein-

liche Ereignis einfach eine nationale Schande ist, um derentwillen vor Zorn und Scham zu erröten weit besser angebracht wäre, als wegen wirklicher oder angeblicher Beliebtheitungen der deutschen „Wossenohre“ Entrüstungsveranstaltungen abzuhalten. Gestehen wir es nur ehrlich, daß eine Bevölkerungsschicht, die Trägerin der nationalen Kultur sein will, und keine tausend Lente liefert, die bei einem solchen Wiederaufstiegshaus dabei gewesen sein wollen, jeden Begriff von dem kleinen sittlichen Wesen nationaler Kultur verloren haben muß. Seien wir aber gerecht, und vergessen wir nicht, daß diese Bevölkerungsschicht systematisch verbildet und verblendet wird: „Man braucht nur fünfzigmal die Grille zu geben, um sicher zu sein, daß der Prinz von Homburg nicht gefällt, wenn man ihn folgen läßt.“

Man sollte Maria Magdalena vor einem Parquet moderner Dramatiker spielen. Denn hier wird Schule gehalten. In diesem Werke ebdieser Vergangenheit liegt auch ein Stück der einzigen möglichen Zukunft, wenn anders noch in nicht zu fernem Zeiten dem deutschen Drama eine Zukunft beschieden sein soll. Wenn es wahr ist — wie neuere Philosophen sagen — daß alle Bewegung im Ausgleiche von Gleichgewichtsstörungen besteht, dann wird auch die Bühne nur dann die Größe der Welt in ihrer ganzen Weisheit erfassen, wenn sie uns eine jener Wellen aufzeigt, aus deren gewaltigem Auf- und Niedergange sich Welt- und Menschenschicksal zusammenfegt.

Wenn des Tischlers Anton Sohn unschuldig verhaftet, und seine Frau darum vom Schlag getroffen wird, wenn sich seine Tochter, um ihm die Schande einer unehelichen Geburt zu ersparen, in den Brunnen stürzt, so geht uns das vorläufig weiter nicht viel an. Und das Werk würde an Vollkommenheit wenig gewinnen, wenn es nur zum Lebewohl noch von dem Leben und den Gewohnheiten einer Kleinbürgerlichen Familie ein wirtschaftsgetreues Kleinstbild ließerte. In der Hand eines unserer neueren Bühnenautoren (Osius) ausgeschlossen. Wohlverstanden!, wäre das Ding doch nichts anderes geworden, als eine dialogisierte Zeitungsnote oder eine wirtschaftsgeschichtliche Monographie. Sehr nett und geschickt fehlte leider nur das gesellige Band.

Was Meister Anton Schicksal bergiebt über die traurigen Ereignisse irgendeines einzelnen heraushebt, das ist der Unstand, daß es das Schicksal einer ganzen Gesellschaft und — in höherer Abstraktion — das Schicksal jeder Sittlichkeit verkörper. Das ist nicht röhrend, sondern erschütternd — es ist Göttedämmerung, Weltuntergang. Was alt wird, wird hart, was hart wird, wird

spröde, was spröde wird, zerspringt. Wie ein Ritter seine Burg verteidigt Meister Anton seines Hauses Ehre. Über das Schicksal fährt seine Geschüze auf, und er kämpft mit verrosteten Schweren hinter morschem Gemäuer. Und Clara? In einer freieren Welt ständen ihr alle blühenden Gärten des Lebens offen, aber ihr Vater verrammt ihr alle Wege außer dem einen, der zum Brunnen führt. Leonhard erwältigt sich in der Schlinge seiner Kleinbürgerlich-phänsiatischen Intrige. Der Sekretär, der sich auf starken Schwüngen aus dieser engen Welt emporgeschwungen hat, fällt, sonst er von menschlichem Gefühl herabgezogen, die vergessenen Niederungen berührt. Nur Karl kann die Atmosphäre dieses todtgewohnten Landes wohl zum Raten und Löben bringen, aber nicht vernichten. In seiner tropisch-unbändigen Jugend wirkt noch die schämmende Kraft eines aufstrebenden Lebens.

Es ist meines Wissens noch keinem Kritiker eingefallen, sich über die Leidenschaft zu beklagen, die in diesem Stück aufgedauert, obwohl von den sechs handelnden Hauptpersonen nur zwei zum Schluß am Leben bleiben. Was uns selbst bei Shakespeare bestreitet — hier finden wir keine Ursache, uns darüber zu beschweren, und das Gefühl kann in uns gar nicht aufkommen, daß es auch anders werden könnte. Denn hier fühlen wir die zermalmende Gewalt eines ungeheuren Schicksals, dem nicht einer, nicht zwei, nicht vier, sondern eine ganze Welt zum Opfer fallen muß. Hier fühlen wir das, was die alten geläufige Sprüche als tragische Notwendigkeit bezeichnet.

Unsere Theaterschriftsteller von heute können nur Stille schreiben, in denen starke Bühneneffekte solcher Art entweder klinger Weise vermieden werden, oder doch — wenn sie gewagt werden — als unwahr und gekünstelt erscheinen. Und doch ist der ungeheure Prozeß der sittlichen Weltwende, den Hebbel selbst in seiner berühmten Vorrede zu Maria Magdalena als die notwendige Vorbereitung für die Entwicklung der höchsten Form des Dramas erklärt, heute, neunundfünzig Jahre nach der Entstehung dieses bürgerlichen Trauerspiels, noch lange nicht vollendet. Es ist der Johannes des modernen Dramas, und wenn einer der späteren Propheten der wahre Messias gewesen ist, so ist es kein Deutscher, ist es — Henrik Ibsen.

Man darf sich nicht wundern, daß die Darstellung der Maria Magdalena auf der bietigen städtischen Bühne höheren Anforderungen nur teilweise zu entsprechen vermochte. Mit kleineren Mängeln hätte man sich wohl absinden können, hätte nicht der Hauptdarsteller, Herr Vorherdt, seine Aufgabe ganz schief aufgesetzt. Das

gemeinde Schedewitz durch Verordnung des Ministeriums des Innern die Enteignungsbefugnis gegen die Stadt Zwickau und die Befugnis zur Durchführung der Schleuse durch städtisches Gebiet nach der Wunsche zu erweitert worden ist. Die Amtshauptmannschaft hatte nach dem für die Gemeinde Schedewitz ungünstigen Urteile des Dresdner Oberlandesgerichts unter dem 3. November v. J. versucht, daß es bezüglich der Einleitung der Abfallwasser in die freie Elbe einzuweisen bei dem bisherigen Zustande zu verbleiben habe, weil nach einer Anzeige des Schedewitzer Gemeindevorstandes sonst den Haushalte nichts weiter übrig bliebe, als die Abfallwasser auf die Straße zu schütten, was dem öffentlichen Wohle zuwidereilte. Ohne Genehmigung der Amtshauptmannschaft sollte die Gemeinde Schedewitz überhaupt nichts in dieser Angelegenheit thun, selbst wenn die Stadt Zwickau die Zwangsvollstreckung versuchen sollte.

Chemnitz. 4. Februar. Gegen den praktischen Arzt Dr. med. Friedrich V. war ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet worden, weil derselbe in dem vom Heilgehilfen M. begründeten Institut für Leichthilfsverfahren ärztlich thätig gewesen ist. In dem Institut wurden leichtere Fälle ohne Bezeichnung Dr. V. abgesetzt. Der Ehrenrat des ärztlichen Bezirksvereins Chemnitz erklärte hierin eine Verleumdung des § 34 der Statuten des genannten Vereins, in welchem den Aerzten die gemeinschaftliche Behandlung mit Richtärzten verboten ist, und verurteilte den Beschuldigten zu 500 Mk. Geldstrafe. Hiergegen legte Dr. V. Berufung ein. Von dem unter Vorstoss des Geh. Regierungsrates Dr. Kumpf zum zuständigem Ehrengericht Chemnitz ist die Berufung jedoch verworfen und das Urteil des Ehrenrates bestätigt worden.

Lengenfeld. 4. Februar. Der bessige Stadtrat hatte beschlossen, 50 Mk. aus dem Steuersäckel dem Burealkomitee zu überweisen. Die Stadtvorordneten stießen jedoch den Beschluss wieder um. Wie sich's gehört!

kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Fabrik in Unterhainsdorf bei Reichenbach neckte ein etwa 17jähriger Arbeiter ein gleichaltriges Fabrikmädchen. Das letztere war darüber aufgebracht und schlug mit einem Stück Draht nach dem jungen Mann. Das Drahtstück traf nun den jungen Menschen derart in das eine Auge, daß dieses sofort auslief. — Ein ehemalischer Vorfall hat sich in Hilbersdorf bei Chemnitz zugetragen. Der 18jährige Schulknabe Schreiter war seit Dienstag verschwunden und alle Nachsuchungen nach ihm blieben ohne Erfolg. Am Sonntag vormittag fand man ihn in einer alten Truhe auf dem Boden erstellt vor. Der Knabe hatte sich aus Furcht vor Strafe in dieselbe verkrochen und ebenfalls den eingeschnappten Deckel nicht wieder in die Höhe gebracht. Auch wurde ein starker Terpelingeruch an ihm wahrgenommen, so daß die Vermutung nahe liegt, daß er in seiner Angst Terpelin getrunken hat. — In der Kunstabteil vom Ekholt u. Siehling in Leitelsdorf griff die Einlegerin Schmidt nach einem ihr entfallenen Druckbogen, rutschte vom Trittbrett und geriet mit beiden Armen in die im Gange befindliche Steinbrückpresse; sie erlitt einen mehrfachen Bruch des rechten Armes, während der linke Arm zerfleischt wurde.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Burzen, 3. Februar.

1. Frauenversammlung. In einer Versammlung am nächsten Donnerstag der 6. Februar abends 7/8 Uhr in Stadt Wien nehmen die Frauen Stellung zum Brotwucher. Die Tagesordnung lautet: Die Einwirkung der schlechten Sitten auf das Familienleben und die Vertreibung des Brotes. Das Referat hat Wilhelmine Köhler aus Württemberg übernommen. Es ist bei dieser wichtigen Versammlung dringend notwendig, daß alle Frauen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht werden. Infolge der ungünstigen Verbreitung der Arbeitersprese und der nebenfachlichen Behandlung der Brotverteuerungsfrage durch die bürgerlichen Blätter ist das sehr notwendig. Hierdurch ist allen Müttern und Hausfrauen sowie Arbeitern Gelegenheit geboten, über diese für sie so außerordentlich wichtige Angelegenheit volle Aufklärung zu erhalten. Keine Arbeitersfrau sollte fehlen!

1. Schlendig, 4. Februar. In welcher Weise die Not der Arbeitslosen in der jetzigen Krise ausgeübt wird, beweist folgender Vorfall: Auf dem benachbarten Rittergut Wahlitz hatte vorige Woche eine Feuerbrunst Ställe und Scheunen eingeäschert. Zur Aufräumung des Schuttwerks wurden nun am Sonnabend die Arbeitslosen zusammengetrommelt; und was wurde diesen Leuten seit dieser Arbeit geboten? Säge und schreibe 18 Pf. pro Stunde. Als nun die Arbeiter gegen einen so niedrigen Lohn protestierten, legte man noch ganze 2 Pf. zu, also gab es pro Stunde 20 Pf. Die jedenfalls nicht zu niedrig bemessene Versicherungsumme heimst, man ein, aber für die Arbeit bietet man die niedrigsten Löhne. Der Besitzer des Rittergutes ist der in der ganzen Umgebung als schwer

reiche bekannte Justizrat Herrfurth, der Bruder des verstorbenen Minister Herrfurth.

h. Gera. 5. Februar. Die Verhältnisse der Eisenbahnen, übergänge und der Bahnhöfe in Gera sind so ungünstig, daß Abhilfe dringend nötig ist. In neuerer Zeit hat man daher den Plan gesetzt, den preußischen und sächsischen Bahnhöfe zusammenzulegen. Die Erbauung der Eisenbahnlinie Gera-Münchberg-Borsdorf steht gleichfalls im Vordergrund des Interesses, doch soll dieselbe den Stadtwald durchschneiden, auf den die Stadt stolz ist.

Zeitz. 4. Februar. Bei der heutigen Stadtvorordneten-Sitzung siegte Genosse Milbauer mit 488 Stimmen über den Gasthofbesitzer Schamm, der 477 Stimmen auf sich vereinigte.

Aus der Partei.

Genosse Hoffmann im Odbach. Der durch sein merkwürdiges Abenteuer im Aahl für Odbachlose vielgenannte Stadtvorordnete Genosse Hoffmann hat ein neues Pfaster auf die Wunden erhalten, die ihm damals sein nächtlicher Besuch eingebracht hatte. Zugleich mit dem Genossen Gustav Augustin ist er an Stelle der Genossen Stadtvorordneten Heinrich und Stadthagen in die — Verwaltung des städtischen Odbachs gewählt und am Sonnabend in sein Amt eingeführt worden. Mit diesem guten Witz ist nun wohl die Hoffmannsche Odbachssäure zu einem kuriosen Abschluß gelangt.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen

hatte zu gestern abend eine öffentliche Versammlung nach dem Pantheon einberufen, die sehr gut besucht war; auch die Galerien waren stark besetzt. Gonselfus Zetsch hieß einen mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Berufarbeit der Frau und Mutterarbeit. Mit ihrer 1½ Stunden Rede verstand es die beliebte Rednerin, die Aufmerksamkeit der Hörer bis zum Schlusse zu fesseln. Bevor die Referentin zum eigentlichen Thema überging, entschuldigte sie sich, daß es ihr im November nicht möglich war, ihr Versprechen einzulösen und in die heutigen Versammlungen zu referieren. Durch schwere Krankheit in der Familie war sie am Erscheinen verhindert. Wenn sie irgend einem Rufe gehorcht, so ist es der des Leipziger Proletariats, für das sie eine besondere Vereinigung empfiehlt, weil sie hier die ersten Eindrücke der Arbeiterbewegung empfangen habe und weil das Leipziger kämpfende Proletariat sich von jeder opfermüdig und wirtschaftlich kassenbewußt beweisen habe. — Das Verhältnis zwischen Frau und Kind bildet in der heutigen Zeit den ruhenden Pol in den Erscheinungen. Hier prasseln aber auch die Gegensätze zwischen den Pflichten der Mutter und der Berufarbeit zusammen und darunter hat die Frau schwer zu leiden; dorunter sei dies auch das schwierigste Problem. Das stärker entwidmete Menschheitsbewußtsein drängt die Frau, die sich als Mensch ausleben möchte, zur Berufarbeit. Durch die Mutter sind der Frau aber Beschränkungen auferlegt, die sie am Ausleben hindern und ihre besten Kräfte abfordern. Die Frage, wie sich die vielen Pflichten der Frau als Mutter mit der Berufarbeit vertragen, sei deshalb eine schwierig zu lösende, da auch die Berufarbeit die Frau ganz in Anspruch nimmt. Dank der heutigen Ausbildung der berufstätigen Frau bleibt ihr für die Berufstätigkeit als Mutter keine Zeit und Kraft mehr übrig. Auch die Stellung der Frau in der Vergangenheit dürfen wir nicht durch die idyllische Perspektive betrachten, die uns so gern ausgesetzt wird. Da es Slaven gab, war die Frau schon Sklavin. Und die Frau im Mittelalter spannte man vor den Pflug und die bürgerliche Frau, die nur im Hause häusig war, war der Handwerker, der Erzeuger der Kleidung und der sonstigen Gebrauchsgegenstände; auch da blieb seine Zeit, um sich den Kindern zu widmen, wie es notwendig war. Darum ist es nur eine Deutlichkeit der Mütterlichkeit und Kinder, wenn sie uns vor der Hölle der Hausfrau des Mittelalters erzählen. Geistliche und weltliche Herren beuteten damals die Frau gleicherweise aus. Sie konnten als Frauen und Mütter nicht all den Pflichten, die die Erziehung der Kinder erfordert, nachkommen. Nur ein Vortrag war für die Kinder in der damaligen Zeit vorhanden, daß die Frau im Hause beschäftigt war und Rücksicht über die Kinder führen konnte. Heute muß die berufstätige Frau den Gang der Obhut älterer Geschwister überlassen und wenn sie abends ermattet nach Hause kommt, soll sie noch die Pflichten der Erzieherin erfüllen. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ist die Frau mehr und mehr aus dem Hause gedrängt worden. Die Zahl der Eheschließungen vermindert sich relativ ständig, wie auch die Altersgrenze der Geschlechtern immer höher hinaufgerückt wird. Die Erziehung der Kinder ist heute schwieriger als früher, weil der Mensch mit umfassenden Kenntnissen ausgestattet werden muß, um den Existenzkampf siegreich

zu bestehen. Es werden heute an die Erziehung größere Anforderungen gestellt, denen die Frau gerecht werden soll. Wer, wie es in der heutigen Gesellschaft bei den Verhältnissen geschieht, bei der Scheidung aus der Prostitution eine Jugend macht und keine anderen Ansprüche an die Ehe stellt, der mag immer noch das alte Märchen von der Frau im Hause nachzählen. Treffend kennzeichnet die Rednerin die Verheerung, welche die idiotenlose Ausbeutung der Frauen und Kinder durch die Industriearbeit anrichtet. Noch dem Gesetz werde das 18jährige Mädchen als erwachsene Person angesehen und der noch in der Entwicklung stehende Organismus der Schrankenlosen Ausbeutung preisgegeben. Man müsse darüber die Ausführungen des badischen Industriekontrolleurs Wörtschöfer lesen. Auch den vom 12.000 Mk. Minister Bojadowski angekündigten Änderungen werde man erfreut müssen, ehe man den großen Menschenfreunden, die die Kinder- und Frauensicherung beschränken wollen, vollen Glauben schenkt. Die Rednerin praktisierte nun die Forderungen näher, die die Sozialdemokratie schon lange als Minimum definiert, was im Interesse der Erhaltung der Menschheit nötig ist. Auch die sogenannten liberalen Vereine, in denen sich die bessergestellten Frauen betätigten, führen zur Einsicht und nicht zur freien Entwicklung der Frau als Mensch und Geschlechtswesen. Wenn es auch erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich sein werde, das Ideal zu erreichen, so müßten wir aber für eine Reihe von Einrichtungen staatlicher und kommunaler Art eintreten, die den Frauen das Dasein erleichtern. Die Frau habe in erster Linie Ursache, das kommende Reich des Sozialismus herbeizubringen und bis zum letzten Sternauge dafür zu kämpfen. (Redhafter Beifall.) Die Vorsitzende, Genossin Jäger, erfuhr diejenigen, die noch nicht Mitglied des Vereins sind, sich in die Listen einzuziehen, welcher Aufforderung eine ganze Anzahl Frauen und Mädchen nachkamen. In der Diskussion forderte Genossin Schulze die Frauen auf, in ihrem eigenen Interesse die Männerromane und die sogenannten unparteiischen Beiträge aus dem Hause zu verbannen und dafür die Volkszeitung zu halten, damit der Emancipationskampf erleichtert und verkürzt werde. In einem kräftigen Schlusswort der Referentin, in dem sie mit den Brotwucherern, den Edelsten und Pesten, schaft ins Gericht ging, forderte sie die Frauen zum unablässigen Protest gegen den Brotwucher auf. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Monatsversammlung des Gewerkschaftsarlitals am 3. Februar 1901. Beim 1. Punkt der Tagesordnung stellt einleitend der Vorsitzende das Überstundenunwochen der herrschenden Arbeitslosigkeit gegenüber, worauf einige Vertreter die diesbezüglichen Verhältnisse in ihren Gewerkschaften schildern. Trotzdem von allen Rednern das Verwerfliche der Überstunden-, Haus- und Accordarbeit betont wird, zweitens einige Vertreter graphischer Gewerbe doch daran, daß in einzelnen Berufen die Leberarbeit ganz zu beseitigen sei und suchen dafür auch Gründe anzuführen, die jedoch von den meisten Rednern nicht als solche anerkannt wurden. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Da durch die Leberarbeit die vorhandene Arbeitslosigkeit nur noch verschlimmert wird, so verurteilt das Gewerkschaftsarlital auf das entschiedenste, daß in einer Anzahl Berufen die Überstunden noch nicht beseitigt sind. Die Delegierten werden deshalb verpflichtet, ständig in ihren Gewerkschaften für die Beseitigung derselben bestrebt zu sein und diesen Tagesordnungspunkt in ihren Versammlungen zu behandeln. — Bezuglich der Vertreterwahl zur Ortskantonsfeste wird vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß einige Gewerkschaften die Vorschlagslisten immer noch nicht eingangs haben, trotzdem die geplante Frist abgelaufen ist; auch werden einzelne Vertreter namhaft gemacht, die ihren Pflichten als Generalversammlungsvertreter zur Ortskantonsfeste nicht voll und ganz nachgekommen sind. Hierauf geht Genossen Schröder auf das Interat in den Leipziger Tageszeitungen ein, daß auch die Arbeitnehmer unter den Vorstandsmitgliedern der Ortskantonsfeste mit unterschrieben haben und verurteilt entschieden das eigentümliche Verhalten derselben bei und nach der Amtserteilung des Vorsitzenden der Ortskantonsfeste, des Kommerzienrats Dr. Schwabe. Er nennt dies Verhalten eine Bobhudelei. Einige mitunterzeichnete Vorstandsmitglieder der Ortskantonsfeste erklären, daß sie geglaubt hätten, mit ihrem Verhalten nur das Interesse der Staate zu wahren, trotzdem sie heute einsehen, daß es ein Fehler war. Außerdem erkennen sie an, daß sehr wohl auch ein Arbeitnehmer das Amt als 1. Vorsitzender bekleiden könne. Allgemeine Seiterkeit rieß es herbei, als festgestellt wurde, daß von den Vorstandsmitgliedern sogar eine Deputation ins Haus geführt werden soll. Alle Redner sprachen hierüber ihre Missbilligung aus. Hierauf wurden die Genossen Diedmann, Schiebel, Hornig, Müller, Henrich und Meißel ins Wahlkomitee gewählt; außerdem wird beschlossen, daß das diesjährige Gewerkschaftsfest am 27. Juli stattfinden soll. Am 14. Februar soll ein Recitationabend abgehalten werden im Kellenteller zu L. Plagwitz und zwar: Vor Sonnenaufrag. Soziales Drama von Gerhart Hauptmann. Recitator: Herr Emil Wallotz. Eine Beschwörde teilt mit, daß die Sektion der

Vorherdt gehört zu jenen bedeutenswerten Schauspielern, die in Massé und Klubdrucksweise eine außerordentliche Beweglichkeit besitzen. Man darf also nicht sagen, er hätte den Meister Anton falsch gespielt, weil dieser Bühnencharakter seinem künstlerischen Wesen wider sprach. Herr Vorherdt hatte die Rolle offenbar nach der Richtung hin studiert, wie sie zur höchstmöglichen Bühneneinführung gebracht werden könnte. Ein solches Bestreben bleibt sehr loblich, solange es mit künstlerischer Verkrönung geblieben ist und den Absichten des Dichters nicht in die Quere kommt. Das war aber leider bei Herrn Vorherdt Meister Anton der Fall. Es steht zu viel ungebildete Kraft in ihm. Er ist der Herrscher in seinem Hause — gewohnt: der unbedrängte Diktator der kleinstadtlerischen Familie. Aber er selbst ist wieder Slave seiner Gesellschaft, das ist seine Tragik. Er ist kein Angreifer, sondern ein Verleibiger, und seine Verstülpungen sind nicht Ausflüsse eines lebensfachlichen Temperaments, sondern die notwendige Folge seiner engbrüderlichen Weltanschauung. Darin besteht ja die Idee des Stükkes, daß Meister Anton nicht an dem scheitert, was in ihm individuell, sondern an dem, was in ihm typisch ist. — Herr Vorherdt aber übersteigt willkürlich das soziale Drama in eine Charaktertragödie vom Schlag des Erbfeindes. Klein-Wunder, daß neben dieser Verhetzung der St. Petrus als Mutter, St. Laue als Klara wieder zu zart und äußerlich erschienen; indem erhob sich das Spiel des St. Laue stellenweise zu bedeutender Höhe. Herr Feistel als Karl hatte diesmal wieder das Unglück, einen Peitschensurfer zu erzielen, der freilich zu neuem Schenkel auf die Dummkopf-der-Lüder zurückzuführen ist. Auf mich hat die knabenhafte Unrefinanz und Bengelhaftigkeit, mit der er seinen Karl ausstattete, gar nicht komisch gewirkt. Aber die Reinheit der Wirkung würde gewinnen, wenn er mehr den jugendlichen Empörer, als den vergorenen Jungen hervorkehrt. Ganz auf der Höhe stand Herr Gretele als Leonhard. Er ist der Sophist der kleinstadtlerischen Moralphilosophie. Man merkt, daß er sich rechtlich bemüht hat, mit dem modernen Klebe auch den modernen Menschen anzuziehen. Ob das völlig gelang? Es gibt Grenzen für jedermann. Herr Walter aus Sekretär durfte in seiner Einführungsscene etwas mehr ungebundene männliche Herzlichkeit und Lebensfreude entwickeln. Er hat es vorgezogen mehr die Verlegenheit des Freiers hervorzuheben. Gleich verlegen auf die Bühne zu kommen, ist ungeschickt, denn man weiß dann nicht: Ist der immer so oder ist er's bloß jetzt?

Das alles aber sind Nebensachen, über deren Auffassung sich streiten läßt. Nur Herr Vorherdt hatte die Gründlinien verschlissen. Dieses „Nur“ aber genügt.

Pielleicht schleichen sich diese bösen Gedanken bei den nächsten Wiederholungen ab. Das sich keiner der Verehrer Meyer-Höfers und

Verdachter Friedrich Hebbels darauf anreden darf, er versäume die Maria Magdalena, weil ja die Darstellung zu schlecht sei, beweist der stürmische wiederholte Beifall, der Darsteller und Regisseur vor die Rampe rief.

Friedrich Stampfer.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht Donnerstag Romeo und Julia mit Herrn Richard Hahn vom Deutschen Theater in Berlin in der Rolle des Romeo als Gast auf Engagement in Szene. — Im Alten Theater wird die Operette Jadwig wiederholt.

Im Neuen Theater ist für Freitag die Oper Luisa, im Alten Theater Alt-Heidelberg angelegt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater nachmittags 1/2 Uhr die Leipziger Volkschulen Wilhelm Tell, abends 7 Uhr das Schauspiel Rosenmontag; im Alten Theater geht Wagners Oper Der Waffenschmied in Szene.

Der XVI. akademische Theaterabend am 10. Februar bringt Grillparzers Medea mit Berliner Gästen (Mosa Poppe als Medea) im Carola-Theater zur Darstellung. Die Aufführung wird am 11. Februar wiederholt. Der Bühnenvorverkauf zu dieser Vorstellung findet von Donnerstag an täglich von 10—8 Uhr im Neuen Theater und an den Vorstellungstagen auch im Carola-Theater von 10—1 Uhr und an der Abendstunde statt.

Neues Theater. (Fidelio von L. van Beethoven). Gastspiel der Frau Greeff-Andriessen vom Stadttheater in Frankfurt a. M. Anna Miller-Hauptmann, die erste Fidelio-Darstellerin, fahrt seiner Zeit die Leonore noch als einfache Primaboomerolle auf. Sie hatte eine wunderbare und trefflich geschnitten Stimme, vermochte aber den dramatischen Gehalt der Rolle noch gar nicht zur Geltung zu bringen. Eine Aufgabe wie diese Leonore vorher einer Opernfängerin noch nicht gestellt worden. Es walteten noch andere Unstüme über den ersten Fidelio-Aufführungen in den Jahren 1805 und 1807, aber sicher war auch die mangels klasse Darstellung der Hauptrolle zum guten Teil schuld daran, daß die herkömmliche Oper Beethovens anfänglich wenig Anklang fand. Erst im Jahre 1822, als die geniale Schröder-Devrient, die erste wirkliche dramatische Sängerin der deutschen Opernbühne, die Rolle sozusagen neu erforderte, ging auch das Gesamt des Fidelio in vollem Glanz auf, und nun erst fand das großartige Werk volles Verständnis. Seitdem hat der Fidelio die deutsche Oper revolutioniert. Eine ganz neue Darstellungskunst ist im musikalischen Drama herangewachsen, und vor allen war es Richard Wagner, der die Opernsänger nach und nach zu wirklichen Darstellenden Künstlern erzog. Die Leonore blieb seitdem immer eine Lieblingsaufgabe und eine Glanzrolle aller dramatischen Sängerinnen. Aber nun, wo die

Sängerinnen ihren Höhepunkt erreichen, auch bedeutende Darstellerinnen zu sein, fallen sie leicht in den umgekehrten Fehler der brauen Miller-Hauptmann. In ihrem Streben nach größtmöglicher Natürlichkeit agieren sie zu viel und wirken dadurch unwahr und stilistisch. Von diesem Fehler der Überbetreibung ist auch Frau Greeff-Andriessen, die gestern als Leonore gastierte, nicht ganz freigesprochen. Frau Greeff-Andriessen ist eine temperamentvolle Künstlerin; aber ihr Temperament reicht sie fort, über die Grenze der Schönheit und der Natürlichkeit hinaus. Gegen ihre musikalische Auffassung und Durchführung der Rolle läßt sich nichts sagen. Ihr Gesang ist immer ausdrucksstark, ihre Deklamation finngemäß. Einige Partien, wie z. B. die große Arie des ersten Aktes, sind geradezu prächtig ausgearbeitet. Hier lassen die Kunst der Sängerin und der feurige Vortrag sogar die natürliche Sprödigkeit des Organs vergessen. Aber in der Aktion thut sie von Anfang an des Guten zu viel. Wenn Fidelio in Wirklichkeit bei den geringfügigen und gleichgültigen Reden all diese dramatischen Bewegungen machen, mit so tragischem Accent sprechen, so vielfach zum Himmel blicken, kurz, sich vor Rocco, Marcelline und Jaquino so benehmen würde, wie Frau Greeff-Andriessen, so würde sein Geheimnis seine Bühnetime lang gewahrt bleiben. Dieses Prinzip an äußerlicher Aktion wirkt aber nicht nur unnatürlich, es raubt der Gestalt auch die eigentliche Größe, dem Ausdruck die schlichte Einfachheit, auf die hier so viel ankommt. So kann man bei der Leonore der Frau Greeff-Andriessen, trotz dem leidenschaftlichen Temperament der Sängerin, doch nicht recht warm werden; denn naturgemäß muß diese auch äußerliche Art der Darstellung um so läßlicher versagen, je mehr die Gestalt im Drama innerlich wächst. So stand denn auch der zweite Akt hinter dem ersten zurück. In der Kerkercene hielt Frau Greeff-Andriessen nicht, was sie in der großen Arie versprochen hatte, da war sie zu unruhig, da schrie der große Stil. Wenn Frau Greeff-Andriessen ihre Aktion vereinfachen und die ganze Gestalt schlichter lassen könnte, würde ihre Leonore weit mehr und eindringlicher wirken. — Herr Ullus beherrscht den Florestan technisch noch nicht genügend. Die Rolle ist trotz ihrer Kürze sehr schwer und anstrengend. — In der Aufführung kamen einige Unstüme vor. Am Schlusse des großen Quartetts im zweiten Akt (Kerkercene) hatte Herr Kapellmeister Gorler Mühe, Sänger und Orchester richtig zusammenzuhalten, es schien beinahe, als ob mit dem Hause nicht geworht worden wäre; auch im Duett zwischen Leonore und Florestan schien Herr Ullus mit dem Tempo nicht richtig nachzukommen. Im Finale des zweiten Aktes war der Frauenchor etwas unausserksam. Doch handelte es sich überall nur um kleine Schwankungen und Unstüme.

H. M.

im Kartell nicht vertretenen Lithographen am 1. März ein der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehendes Votat zur Abschaltung eines Vergnügens bewilligen. Die Versammlung spricht hierüber ihre Mehrbilligung aus. Der Vertreter der in Buch- und Steinindustrieen beschäftigten Hilfsarbeiter bittet das Kartell um Unterstützung bei der Agitation, da der Buchdruckerverband schriftlich erklärt habe, daß er nichts mehr mit der Organisation der Hilfsarbeiter zu thun habe.

Versammlung der Gemeindearbeiter.

In der am 27. Januar im Coburger Hof abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Gemeindearbeiter referierte der Sekretär des Verbandes Poersch über die Reorganisation des Unterstützungsvereins innerhalb des Verbandes. Im Prinzip war man mit der Einführung einverstanden, aber man ist nicht der Meinung, die neue Statutenvorlage durch eine vom Centralvorstand vorgeschriebene Urabstimmung zu erledigen, sondern man sollte ebenfalls den Mitgliedern das Recht einzuräumen, hierzu geeignete Anträge zu stellen und durch Vertreter die ganze Vorlage zur nächsten Generalversammlung zu beraten, damit sich in nächster Zeit nicht wieder Abänderungen nötig machen würden, wie es bei der Krankenpindusfassie der Fall war. Sämtliche Redner, die sich an der Diskussion beteiligten, sprachen sich in diesem Sinne aus. Vom Sekretär Poersch wurde erwidert, daß der Centralvorstand gewillt sei, in diesem Sinne zu handeln; da aber einige größere Filialen auf sofortige Einführung der Krankenunterstützung drängen, wollte man diese Vorlage nicht bis zur nächsten Generalversammlung verschieben, wenn aber nicht anders angänglich, es dabei belassen. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Nachdem vom Referenten der Grund für die Ablösung eines höheren Prozentsages von Klasse II, die nicht unterstützungsberechtigt ist, an die Centralklasse erläutert worden und der Wedd, zu dem diese Gelder verhindert werden sollen, geschildert worden, war man ebenfalls damit einverstanden. Als Vertreter zur Ortsklasse wurden die Kollegen Burkhardt, Schilbe, Thalheim, Pafolt und Heller in Vorschlag gebracht. Den beiden bisherigen Kartelldelegierten wurde wegen Nichtbefüllung der Kartellversammlungen das Mandat entzogen. Bei der Neuwahl wurden die Kollegen Franz und Heller gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde vom Kollegen Burkhardt der Bericht vor der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 18. Dezember v. J. über die Eingabe der städtischen Arbeiter wegen Bezahlung der Weihnachtsfeierlage verlesen und speziell die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Dittrich kritisiert, der der Vermutung Raum gegeben hatte, daß die Eingabe wahrscheinlich nicht einmal von städtischen Arbeitern ausgegangen sei; vergangenen Sommer sei viel an den städtischen Arbeitern gehandelt worden, z. B. Urlaub und Arbeiterausschüsse. Kollege Burkhardt führt hierzu an, es sei anerkennenswert, was gehandelt worden sei, aber dieser Antrag sei von Seiten der Arbeiter eines Ressorts eingeführt worden, wo nur ein Teil Urlaub erhält und Arbeiterausschüsse noch nicht vorhanden seien und nach den Ausführungen des Herren Stadtrats Dr. Wagner auch keine Aussicht vorhanden sei, daß solche zur Einführung kommen würden. Ein allgemeines Ohr an der Versammlung hörte man, als verlesen wurde, daß sich Bürgermeister Dr. Dittrich dagegen verwehrte, daß die beiden Entlassenen gemahngestellt seien; ganz treffend wurde dieses zurückgewiesen und ausgeführt, daß mit blohem Verwahren nichts gehandelt sei, sondern Beweise gehörten auch dazu; und vorgekommene Fälle beweisen, daß, wenn man nur irgend jemand beschäftigen wolle, kein Arbeitsmangel vorhanden ist. Ein angehender Beamter (Gastkontrolleur) habe eine ganze Zeitlang keinen Rock mit dem seiner Kollegen verwechselt und ich verständentlich den Inhalt der Taschen angeeignet. Wahrscheinlich litt der Mann etwas an Kleptomanie. Er scheint aber die Sache etwas zu kurz getrieben zu haben. Er wurde bestellt auf die Probe gestellt und er ging in die Falle, wurde erwischt und entlassen. Über nach einiger Zeit ist er wieder bei der Sozialregierung eingestellt worden. Also man sieht, daß, wenn man will, Arbeitsmangel nicht vorhanden ist. Es wurden hierfür noch mehr charakteristische Beispiele angeführt, bei denen die Protection höherer Beamten eine große Rolle spielt. Ein Untergang, wegen vorgesetzter Zeit die Angelegenheit mit der Eingabe bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, fand einstimmige Annahme.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Lands-, Hilfsarbeiter und Arbeiterrinnen

lieferte am 1. Februar im Thüringer Hof zu Markranstädt, Seniore Emil Kloß aus Leipzig referierte über das Thema: Streitfrage in die Kulturlwelt. Referent erklärte, in den Versammlungen kommen meistens gewerkschaftliche Themen zum Vortrage, doch es muß auch einmal gewechselt werden. Es werde auch sehr wenigen vorkommen, heute den Wandelstab zu ergreifen, um neben seiner Schrift noch die Sehenswürdigkeiten und Kunstsäume sowie die landwirtschaftlichen Reize zu beobachten. Doch Redner nahm sich das Sprichwort zur Idee: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Ländern gehn. Er schilderte die Versammlungen im Geiste nach dem schönen Lande Italien und erwähnte besonders die Städte Rom mit seinen Altkunstwerken und Kunstsäumen, sowie Neapel mit seinem künstlerischen Panorama. Am Schlusse des Vortrags wurde dem Referenten lebhafte Beifall gezeigt. Kollege Wahren batte den Bericht von der Gaukonferenz ab und vom Kollegen Poppen wurde derselbe noch ergänzt. Unter Gewerkschaftlichem wurde hervorgehoben, warum Kollege Wahren noch nicht eingestellt ist. Es wurde berichtet, daß der Betrieb bei der Firma noch nicht in vollem Gang ist, und so hält es schwer, daß er eingestellt wird. Kollege Wahren möchte auch bekannt, daß am 9. März der Saal des Stadtparks freit ist und wir unser Stiftungsfest durch einen Ball feiern möchten. Dieses wurde von den Mitgliedern angenommen. Nachdem noch speziell vom Kollegen Wahren auf das Vornommen der Leipziger Volkszeitung die Kollegen und Kolleginnen zuversichtlich gemacht worden, schloß Kollege Wahren die schwach besuchte Versammlung.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 4. Februar.

Unterschlagung von Krankenkassen- und Invalidenbeiträgen. Im vergangenen Jahr hat der Bauunternehmer Hermann Kuckel in Markranstädt den auf seinen Bauten beschäftigten Arbeitern die Beiträge zur Ortskrankenkasse sowie zur Alters- und Invalidenversicherung ordnungsgemäß bei der Lohnauszahlung abgezogen, diese aber nicht an die Krankenkasse in Markranstädt abgeliefert. Zu seiner Entschuldigung und Erklärung der Sache führt Kuckel zu, daß er gar nicht beabsichtigt habe, der Kasse zu entziehen, daß er vorzuhalten. Im Frühjahr 1901 habe er in Großdöllitz im Auftrage eines Herrn H. einen Bau ausgeführt. Bevor dieser jedoch beendet war, habe ihn der Auftraggeber mit der Zahlung im Stück gelassen und er schulde verschiedene Arbeitern noch Lohn, so daß er die Sache mit den Abzügen der Beiträge noch nicht habe voll ordnen können. Durch die Zeugenaussagen mehrerer früher bei ihm beschäftigt gewesener Arbeitern wird festgestellt, daß er ihnen die Beiträge in der vorgeschriebenen Weise in den Monaten April bis August 1901 regelmäßig abgezogen hat und weiter wird dann noch festgestellt, daß diese Beiträge nicht an die Ortskrankenkasse in Markranstädt von K. abgeliefert wurden. Die dritte Strafkammer verurteilte K. auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes zu 50 Mr. Geldstrafe. Die Summe der nicht abgelieferten Beiträge konnte nicht festgestellt werden.

Zu seinen Gunsten hat das Gericht angenommen, daß K. unverhindert in eine schlimme Lage gekommen sein möchte, doch stand fest, daß er die bereits abgezogenen Beiträge abzuliefern hatte; es wurde deshalb auf obige Strafe erkannt, an deren Stelle im Richterurteil zehn Tage Gefängnis treten.

Wegen versuchter Expressum. stand vor der 3. Strafkammer der 48 Jahre alte, aus München gebürtige Kaufmann August Peringer. Gegen einen Monatsgehalt von 80 Mr. war P. als Reisender und Buchhalter im vergangenen Jahr bei der Firma M. u. B., Dolomiteisenhandlung hier, in Stellung. Am Abend des 18. Oktober verlangte P. von dem einen Chef, weil er den ganzen Tag nichts gegessen habe, 2 Mr. Vorschuß, der ihm aber verwiegt wurde. Darauf habe P. gedroht, wenn er nicht auf der Stelle den gewünschten Vorschuß erhalten werde, er in einer halben Stunde mit der Staatsanwaltschaft da sein. Die Folge war für P., daß er mit Gewalt aus dem Geschäft entflohen wurde. Nun schrieb P. an die Firma einen Brief des Inhaltes, daß wenn er binnen 24 Stunden den geforderten Vorschuß nicht hätte, er dann bei der Staatsanwaltschaft gegen die Firma Anzeige erstattet wegen verschuldeten Vergehen, die sich die Geschäftsinhaber hätten zu schulden kommen lassen; er habe sie in Händen. Es war gegen die Firma auch ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet, aber wegen Nichtausführbarkeit der angegebenen Bemühungen wieder eingestellt worden. Ebenso soll noch ein Verfahren gegen sie wegen thätlicher Beleidigung schwelen. Zu seiner Verteidigung führt Peringer aus, daß ihm der Vorschuß vorher mündlich bestätigt war. Einer Expressum habe er sich nicht schuldig machen wollen. Er sei zwanzig Jahre in Amerika gewesen und deshalb mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr so vertraut. Er habe überhaupt noch eine Lohnforderung gehabt und deshalb glaubte er sich zu dem Vorgehen berechtigt. Das Gericht war anderer Meinung und verurteilte P. wegen versuchter Expressum zu zehn Tagen Gefängnis.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 4. Februar.

Wege gegen Rückfallbetrug. ist am 29. August v. J. vom Landgericht Leipzig der Verlagsbuchhändler Karl Minde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In den Jahren 1894—1898 ist er nicht persönlich als Verlagsbuchhändler thätig gewesen, sondern hat sein Leipziger Geschäft durch seinen Kommissär betreiben lassen. Er wohnte in jener Zeit in Loschwitz und vermietete Zimmer an Damen in "diskreten" Verhältnissen. Seine peinlichen Verhältnisse waren, wie es im Urteil heißt, schlecht und er mußte mehrmals den Offenbarungsbald leisten. Sein Leipziger Geschäft hatte nur einen ganz geringen Umsatz. Im November 1897 kündigte der Angestellte in einem Dresdener Blatte an, daß er einen jungen Mann mit 5000 Mr. zur Fortführung seines Geschäftes, eventuell als Teilhaber suche. Einem Herrn B., der sich meldete, sagte der Angestellte wahrheitswidrig, er habe in den letzten Jahren 5000 Mr. Überschuss gehabt, er sei schuldenfrei und besitze ein eigenes hypothekarfreies Haus. B. glaubte dies alles und zahlte an den Angestellten 2500 Mr., von denen er nichts wieder bekam. Die Schutzeide des Angestellten, er sei infolge von Schlaganfällen unzurechnungsfähig gewesen, wurde vom Gerichte als widerlegt erachtet. — Die Revision des Angestellten wurde, da das Urteil einen Rechtsstreit nicht erkennen ließ, vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Elbersfeld, 4. Februar. In der heutigen Verhandlung des Militärberufungsgerichts erklärten die Sachverständigen Urteile, daß die zu den Haftungsabsichten bezüglich Angestellten festgestellten Befunde zuträgen bzw. zutreffend gewesen seien, so daß man auch zu seinem anderen Urteil gelangt sein würde. Der Erste Staatsanwalt gab unter diesen Umständen die Erklärung ab, es sei unmöglich, den vom Reichsgericht geforderten Beweis zu erbringen, daß die Befunde unrichtig seien. Auf die weitere Beweisaufnahme wurde allseits verzichtet. Zu Donnerstag, 6. Februar, sind noch weitere sechs Zeugen geladen, auf deren Vernehmung die Vertheidigung besteht; sie sollen über Doktor Schimmeles Charakter und Verhalten aussagen. Wie der Erste Staatsanwalt noch weiter mitteilt, hält er bei Baumann und der Witwe Dieckhoff auch Betrug nicht für vorliegend.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Februar.

Herrn Reichstagabgeordneten Prof. Hesse ist eine freimaurische Einladung zugegangen, in einer Versammlung zu erscheinen, die der seit kurzem hier bestehende liberale Verein auf Freitag abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Saal des Tivoli einberufen hat, um zu dem Bölkow und den Handelsvertretern eine Kundgebung des Leipziger Bürgertums herbeizuführen. Den einleitenden Vortrag hält Reichstagabgeordneter Gothein, der Vorsitzende des Handelsvertragsvereins. Hierauf wird eine Diskussion stattfinden, in der auch abwechselnde Aufforderungen zum Ausdruck gelangen können. Herr Hesse hätte also Gelegenheit, vor einem Teil seiner Wähler einmal offen Farbe zu bekennen.

Zur Vorsitzendewahl bei der Ortskantonskasse. ist zu unserer gestrigen Mitteilung noch nachzutragen, daß der Vorstand der Kasse, der sich bekanntlich aus 12 Arbeitern und 6 Unternehmern zusammensetzt, Herrn Kommerzienrat Dr. Schwabe bereits einstimmig wiedergewählt hat, worauf der fröhliche Vorhende sein Amt wieder übernommen hat.

Der Verband der Leipziger Handelsbetreibervereine hat an den sächsischen Landtag eine Petition gerichtet, um Abänderung des § 15 Abs. 3 und 4 des Einflommensteuergesetzes. Nach der Petition soll bei der Schätzung des Einflommen aus Gründen, die zu entrichtende Gemeindegrundsteuer, sowie ein Betrag für Amortisation des Gebäudewertes abziehbar sein. — Die "kleinen Mittel" zur Begünstigung des Grundbesitzes werden von unseren Hausgärtner in sehr vielfacher Gestalt verlangt.

Der Leipziger Stadt- und Dorf-Anzeiger verspricht jedem Abonnenten bei Unfällen, welche den Tod oder gänzliche Invalidität zur Folge haben, 500 Mr. In jeder Nummer des Blattes ist ein Auszug der Versicherungsbedingungen abgedruckt, der aber die einschneidendsten Bestimmungen nicht enthält. Diese sind nur in der Hauptexpedition in Leipzig einzusehen. Danach gilt als Garantialle nur der, der beide Arme oder beide Beine, eine Hand und einen Fuß, oder die Sehkraft beider Augen verloren hat, oder der durch erlittenen Unfall dauernd geistesgestört bleibt. Hierauf bekommen also alle Personen, die auf andere Art verunglückt, aber ebenfalls dauernd erwerbsunfähig bleiben, nichts. Hierzu wird uns nun aus Merseburg ge-

schrieben: Hier, wo dies Blatt ca. 100 Abonnenten hat, war es im vorigen Jahre zwei armen Deuteln passiert, daß sie verunglückten und dauernd erwerbsunfähig wurden, ohne in den Besitz der 500 Mr. kommen zu können, da die Art ihrer Verunglückung nicht unter die Bestimmungen des nur in der Hauptexpedition ausliegenden "Musterregulativs" fielen. Der eine, Biegeldecker Klee, war vom Dache gestürzt und so schwer verletzt worden, daß er, nachdem er monatelang gelegen, nur mit Hilfe eines eisernen "Körbels" und zweier Stöcke sich fortbewegen konnte. Der zweite, der landwirtschaftliche Arbeiter Busch, war von einem Strohsuder gefallen und hatte sich dabei das Rückgrat so schwer verstaucht, daß er dauernd erwerbsunfähig blieb. Schon bei Lehren versuchten die beiden zwischen verstorbenen Unglücksfällen, die Versicherungssumme zu erhalten, aber vergebens. Die Frau des verstorbenen Klee hat jetzt nur mit Hilfe eines Rechtsanwalts das Geld erhalten. Sie hat dabei noch ca. 15 Mr. Unosten gehabt. Die Frau Busch wartet seit dem 3. Oktober 1901 (dem Tode ihres Mannes) bis heute auf das Geld, und es wird wohl auch diese arme Frau nur erst mit gerichtlicher Hilfe etwas erreichen können.

Man würde vielleicht Hunderte Schwerverunglückte ausfindig machen können, deren Hoffnung auf die 500 Mr.-Prämie nicht erfüllt worden ist. Mögen es sich die Arbeiter zum Lebzeiten dienen lassen und für das Geld, welches sie einer derartigen Zeitung zuwenden, die nicht einmal ihre Interessen vertritt, lieber ein richtiges Arbeiterblatt abonnieren, das ihnen genug des Interessanten und Lehrreichen bietet. Mit den Versicherungsprämien und ähnlichen Sachen sollten sich die Arbeiter überhaupt nicht fördern lassen. Wenn alle Arbeiter gewerkschaftlich und politisch organisiert wären, dann könnten sie auf den Staat in so wichtiger Weise einen Druck ausüben, daß dieser sich veranlaßt läße, bei allen Unfällen, die die Familien in schwere Not bringen, mit einer auskömmlichen staatlichen Unterstützung einzutreten.

Katholische Kirchensteuer. Das sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat eine Reklamation gegen die Heranziehung zu den katholischen Kirchenauflagen auf das laufende Jahr als unbegründet verworfen, da der Vollamant, wenn er auch exkommuniziert sein sollte, doch so lange als Katholik anzusehen sei, als er nicht seinen, auf dem durch das Mandat vom 20. Februar 1827 vorgeschriebenen Wege erfolgten Austritt aus der katholischen Kirche nachgewiesen habe.

Leipzigs Fremdenverkehr. Nach den beim Verlehrverein Leipzig (Bureau für lostenlose Ausländer, Städtisches Kaufhaus, Kaufbergischen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar in den Leipziger Hotels 2600 Fremde angelommen, darunter 2438 Reichsdeutsche, 144 aus anderen europäischen Staaten und 18 aus außer-europäischen Ländern.

Der Verein für Arbeitsnachweis hat in seiner letzten Generalversammlung durch Statutaränderung die bisher erhobene Einschreibebegäbtheit für die Arbeitsvermittlung in Wegfall gebracht.

Zum Reichsgerichtsrat wurde der Kammergerichtsrat Richter in Berlin ernannt.

Hinsichtlich der Ansprüche eines gerichtlichen Zeugen auf Entschädigung-Gebühren und die Höhe derselben finden sich im Publizum allerhand widersprechende Ansichten. Wir glauben daher unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir sie in folgenden Zeilen über diesen Punkt informieren. Nur Personen, welche durch gemeinsame Handarbeit, Handwerksarbeit und geringere Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen, erhalten unbedingt eine Entschädigung für ihre Versäumnis, andere Personen nur, wenn sie wirklich einen Erwerb verfügt haben. Die Entschädigung beträgt 10 Pf. bis höchstens 1 Mr. für jede angegangene Stunde. Hierbei wird auch die Zeit für den Hin- und Rückweg zu dem Termin mit gerechnet. Außerdem erhält der Zeuge die erforderlichen Transportkosten (Eisenbahn, Schiff, Pferdebahn, Omnibus) und wenn er einen mindestens zwei Kilometer weiten Weg zurückgelegt hatte, 5 Pfg. für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges. — Über die Frage: Kann ein mit festem Gehalt Angestellter Zeugengebühren wegen Zeitversäumnis beanspruchen, hat sich das Dresdener Landgericht in einem Beschuß folgendermaßen geäußert: Ein Handlungshelfe, der festen Gehalt bezieht, kann eine Entschädigung für Zeitversäumnis auch dann nicht verlangen, wenn ihm sein Prinzipal einen Abzug gemacht hat. Der Zeuge begründet sein Gehalt um Auszahlung einer Entschädigung von 5 Mr. damit, daß er zwar einen festen Gehalt bezieht, daß ihm aber von diesem Betrag abgezogen worden sei. Zu dieser Maßregel lag ein gesetzlicher Grund nicht vor, der Rechtsverfechter war daher nicht verpflichtet, sich eine Kürzung seines Gehalts gefallen zu lassen (vergl. § 63 H.-G.-V.). Hat er sich aber ohne rechtliche Notwendigkeit mit diesem Abzug einverstanden erklart, so kann er nicht die Erfüllung des ihm vom Gehalts geleisteten Betrages als Zeugengebühr beanspruchen.

Gefährdung eines Eisenbahnguges. Trotz der Lärm- und Peitschensignale eines Güterzuges fuhr gestern vormittag ein bei einem biegsamen Fuhrwerker in Arbeit stehender 36 Jahre alter Geschirrführer mit seinem zweispännigen Geschirre auf der Görlitzer Chaussee in L. Connewitz über die Gleise der Bahnwaggon nach dem Bayerischen Bahnhof fahrenden Verbindungsbaus. Daß trotz dieses geradezu rübelhaften Leichtums des Geschirrführers kein großes Unglück geschah, ist der Umsicht und Geistesgegenwart des Lokomotivführers zu danken, der den Zug noch rechtzeitig zum Stehen brachte.

Vermißt wird seit dem 31. Januar der am 5. Mai 1892 in Grünhain geborene Schulknabe Emil Ernst Schmidt aus der elterlichen Wohnung in der Rückovstraße Nr. 34. Der Knabe ist körperlich mögig entwickelt, hat dunkelblondes Haar, blasses Gesicht und trägt eine braunkarierte Bluse, graue Hose und blaue Weste.

Feuer wurde gestern abend aus der Seeburgstraße gemeldet. Es hatten dort in einer Wohnung mehrere an den geheizten Ofen zum Trocknen aufgehängte Wäschestücke und noch verschiedene andere Sachen Feuer gesangen. Hausbewohner unterdrückten den Brand. — In der Küche einer Wohnung der Nöthstraße geriet gestern abend ein Balken in Brand. Hier befiehlte die Feuerwehr die Gefahr.

Durch Erschienen entliebte sich heute vormittag in seiner in der Dörfchenstraße gelegenen Wohnung ein im 60. Lebensjahr stehender Arbeiter aus Gebese. Der Verweggrund zum Selbstmord ist unbekannt.

kleine Polizeinachrichten. Von Bubenbach ist in der Nacht zum 2. d. M. im Grundstück Körnerstr. 30 ein in der Haustür angedrückt gewesener Gasarm abgebrochen und mit fortgenommen worden. Infolge der Ausströmung des Gases hätte leicht eine Explosion herbeigeführt werden können, doch wurde die Gefahr höchstwahrscheinlich noch rechtzeitig bemerkt. Der Besitzer des Hauses

hat auf die Ermittlung des Thäters eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Vergangene Nacht ist aus einem Lokal im Brühl ein Winterübeler von schwarzem Krammerstoff mit schwärzlichem Futter und der Firmenbezeichnung Karl Hofmann, Herbst, gestohlen worden. Ferner wurde aus der Gesellenkammer eines Gründstückes der Augustusstraße in L.-Neustadt ein Winterübeler von braunem, glattem Stoffe mit hellgrau farbtem Futter gestohlen.

Zu einem Gründstück der Promenadenstraße gerieten gestern nachmittag zwei Brüder in Streit und Schlägerei. Dabei stürzten beide über das Treppengeländer hinweg in eine Tiefe von etwa 2½ Metern. Bei dem Sturze hat einer der Brüder, ein 35-jähriger Marktbesitzer, eine Gehirnerschütterung davongetragen, so daß er mittels Krankenwagens in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Auf der Windmühlenstraße schlug gestern abend ein älterer Mann infolge eines Krampfanfalls mit dem Kopfe heftig auf das Trottoir auf und zog sich dadurch eine erhebliche Verletzung zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Infolge Abgleitens von der Bordsteine des Trottoirs zog sich gestern abend in der Weihenstetter Straße ein 29 Jahre alter Kutscher aus Lindenau eine Fußverstauchung zu. Der Mann war infolgedessen nicht mehr fähig zu gehen und mußte mittels Drosche nach Hause gebracht.

Gautsch. Im hiesigen Mühlteich ertrankt sich eine etwa 45 Jahre alte Frau, die Mutter von 5 Kindern. Als Ursache wird Geistesstörung angegeben.

Von Nah und Fern.

Die Allmacht der Sittenpolizei.

Aus Danzig wird ein Fall bekannt, der wiederum zeigt, welche Allmacht die Sittenpolizei ausübt, wie auch anständige Frauen moralisch mishandelt werden können und wie schwer es ist, in solchen Fällen dem Rechte zur Anerkennung zu verhelfen.

Ein Mädchen, das in Danzig ein Gesindevermittlungsbüro betreibt, erhält eines Tages eine Vorladung der Polizei "zur Vernehmung". Sie folgte der Ladung. Auf dem Bureau angelommen, wird ihr kurz und bündig erklärt, sie sei angezeigt, geschlechtskrank zu sein und müsse sofort mit zur Untersuchung. Alles Protestieren und alles Wollen half nichts, sie wurde am Arme gefaßt und in ein Zimmer geführt, in dem bereits eine Anzahl Prostituierter der Untersuchung harrten.

Durch diese Behandlung eingeschüchtert, wagte sie keinen Protest mehr und duldet, als nach einiger Zeit die Reihe an sie kam, die Untersuchung durch den Polizeiarzt.

Die Untersuchung ergab natürlich die vollständige Grundlosigkeit der Denunziation. Trotzdem wurde das Mädchen noch nicht entlassen, sondern nunmehr durch die Stadt zur Polizeidirektion transportiert. Dort wurde sie über die eingegangene Denunziation, daß sie "Unzucht" trieb, vernommen, und dann erst entlassen.

Für eine gänzlich mittellose Arbeiterin wäre nun die Angelegenheit vermutlich erledigt gewesen. Hier war jedoch die so schwer in ihrer Ehre Gefährte in der Lage, einen Rechtsanwalt zu Hilfe zu rufen und dieser führte in geeigneter Weise Beschwerde über diese Polizeimafregeln. In der Beschwerde wurde die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten und zugleich die Namhaftmachung der Denunzianten gefordert.

Die Antwort war Abweisung der Beschwerde mit einer Flut von Beschuldigungen gegen die Beschwerdeführerin. Es bedurfte erst verschiedener Eingaben, bis endlich vom Minister des Innern der Bescheid einging, daß er nach Prüfung des Sachverhalts das Verfahren der Polizeidirektion in Danzig nicht billigen könne und daß gegen die betreffenden Beamten "das Erforderliche" verfügt worden sei.

Was "das Erforderliche" ist, blieb unbekannt; ob daß die ganze Beleidigung sein soll, die der Misshandelten zu teil wird, weiß man auch nicht. Das schlimmste ist ja, daß so etwas überhaupt möglich ist, daß ein anständiges Mädchen so behandelt werden darf. Das hängt zusammen mit der Allmacht der Polizei im allgemeinen und der Sittenpolizei im besonderen. Mißgriffe einzelner Beamten können immer vorkommen, daß es aber erst der Beschwerde bis in die höchste Instanz bedarf, bis der Mißgriff zugestanden wird, zeigt, daß es am System liegt. So lange nicht Beamte und Behörden für solche Handlungen voll verantwortlich gemacht werden, wird darin auch nichts besser werden.

Bergmannslos.

Budapest, 4. Februar. In dem zum Petroseher Nebier gehörenden Deichschaue erfolgte nach einer Sprengung eine durch Brand verursachte Kohlenexplosion, bei welcher 6 Personen getötet und 4 verwundet wurden. Das technische Personal trifft nach den bisherigen Feststellungen kein Versehen.

Grieshaben der Redaktion.

Streitfälle I. p. n. Der ordentliche Tagelohn beträgt hier für männliche Arbeiter 8 M., für weibliche Arbeiter 1.50 M., für männliche jugendliche Arbeiter 1.40 M., für weibliche jugendliche Arbeiter 1 M.

S. 10. Uns ist davon nichts bekannt. Wenden Sie sich an einen der Münzhändler, die im Adressbuch verzeichnet sind.

O. 2. Das dürfte wohl nur leeres Gerebe sein; uns ist davon nichts bekannt.

Auskunft in Rechtsfragen.

N. 6. Neustadt. Gewiß müssen Sie das bezahlen. Der Zahlungsbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht innerhalb einer Woche vom Tage der Zustellung an dagegen Einspruch erheben.

N. 7. Ja, wenn die Frau in der 8. Klasse liegt. Das besagt auch die Haussordnung.

O. 3. Sie werden auch das Geschenk, das in den Beifall des Mödhens übergegangen ist, wenn Sie es auch selbst noch in Verwahrung halten, herausgeben müssen.

G. 2. Leutsch. Wenn Sie großjährig sind, bedürfen Sie der väterlichen Einwilligung nicht mehr. Zur Legitimation bedürfen Sie des Geburtschein und noch irgend eines anderen Ausweispapiers.

Berksammlungs-Kalender.

Mittwoch: Verein für Frauen und Mädeln der Arbeiterklasse. **öffentliche Versammlung.** Felseneller, Abends 1/2 Uhr.

Montag: Stadt Görlitz, Abends 7 Uhr.

Freitag: Waisen- und Blindenschule, Winterkofferzettel, Abends 1/2 Uhr.

Donnerstag: Verein Vorwärts, Leipzig-Süd, Comptinus zu Gotha, Abends 1/2 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 5. Februar: Bei ausgehobenem Abonnement:

Kunst.

Dichtung und Musik von Gustave Charpentier.

Ins Deutsche übertragen von Otto Rehbein.

(2. Alt. 2. Bild und 3. Alt.)

Regie: Ober-Dilettant Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Högel.

Luise Fr. Seebe

Julien Fr. Moers.

Der Narrenkönig Fr. Marion.

Der Maler Fr. Groß.

Der Bildhauer Fr. Göß.

Der Lieberdichter Fr. Marion.

Der junge Dichter Fr. Ulrich.

Der Student Fr. Strigel.

Zwei Philosophen Fr. Greber, Henning.

Ella, Camilla Fr. Untucht, Sengern.

Blanche, Gertrud Fr. Kleffling, Gordina.

Irma, Suzanne Fr. Weickert, Hofer.

Jeanne, Margarete Fr. Sartor, Rotach.

Henrikette, Madeline Fr. Kapp.

Die Russenberlin Fr. Gardini.

Das Lehrmädchen Fr. Schepler.

Pumpenfänger Fr. Wippel, Wagner.

Zwei Schwarmänner Fr. Schäffer.

Die Tänzerin Fr. Schäffer.

Die Handlung spielt in Paris in der Gegenwart.

Scenenfolge: 2. Alt. 2. Bild: Näherrinnen-Müller, 3. Alt: Garten auf der Höhe des Montmartre.

Hierauf:

Alt-Helbelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörl.

(2. Alt.)

Regie: Ober-Dilettant Adler.

Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Karlsburg Fr. Heistel

Dr. phil. Jüttner Fr. Ernst Müller

Luise, Kammerdiener Fr. Grell

Deivis Graf von Asterberg Fr. Taeger

Karl Böls Fr. Walter

Kurt Engelbrecht Fr. Heinrich

von Wedell, Sago-Vorste Fr. Otto

Studenten Fr. Keller, Scholz, Wippel

Rüder, Gastwirt Fr. Prost

Franz Rüder Fr. Huth

Franz Dörfel, deren Tante Fr. Grächen

Kellermann Fr. Huth

Köhle Fr. Laue

Schödermann, Herzoglicher Bedienter Fr. Schröder

Ein Musikanter Fr. Schmid

Der 2. Alt spielt in Helbelberg.

Nach der Oper findet eine längere Pause statt.

Eintah 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. **Opern-Pfeife.**

Villet-Verlauf an der Tagesschaff von 10—8 Uhr. **Villet-**Verlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. **(Jedes Villet,** welches vor Eröffnung der Tagesschaff bestellt oder im Vorverlauf entnommen wird, kostet 80 Pf. Aufgeld.)

Spielplan: Donnerstag: Romeo und Julia. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Luise. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Wilhelm Tell. Anfang 7/8 Uhr. Rosenmontag. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch den 5. Februar:

Die Niederrman.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meier.

Gabriele von Eisenstein Fr. Sturmjels

Mosalinde, seine Frau Fr. Siegmund-Wolff

Frank, Gesangs-Mädel Fr. Sustlik

Prinz Orlofsky Fr. Dahlhoff

Ulrich, sein Gesanglehrer Fr. Helmke

Dr. Falke, Notar Fr. Greiner

Dr. Blüm, Advokat Fr. Unger

Adele, Mosalindens Stubenmädchen Fr. Linda

Uly-Bay, ein Ägypter Fr. Schulz

Mamulin, Gesandtschafts-Attache Fr. Richter

Murray, ein Amerikaner Fr. Wenzelius

Carlton, ein Marquis Fr. Wehlhorn

Lord Middleton Fr. Wagner

Frosch, Gerichtsdiener Fr. Gross

Iwan, Kammerdiener Fr. Schröder

Ida, Melanie Fr. Hennig

Kelleita Fr. Denning

Sidi Fr. Dörl

Winni Fr. Reinhold

Fauftine Fr. Hamm

Silvia Fr. Grahl

Verha Fr. Weh

Vori Fr. Wöhner

Paula Fr. Remde

Dienner des Prinzen Fr. Schmidt

Ein Amtsdienner Fr. Reinhold

Herren und Damen, Mädeln, Bediente Fr. Scholz

Die Handlung spielt in einem Badeort in der Nähe einer großen Stadt.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Eintah 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew. Pfeife.**

Villet-Verlauf an der Tagesschaff von 10—8 Uhr. **Villet-**Verlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr an der Tagesschaff (mit Aufgeld von 80 Pf. pro Villet).

Spielplan: Donnerstag: Edwigie. Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Alt-Helbelberg. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Das Fenster. Herauf: Flotte Bursche. Anfang 1/8 Uhr.

Aüktenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Rübchen mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelstückchen mit Rind

2. Beilage zu Nr. 29 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 5. Februar 1902.

Reichstag.

184. Sitzung. Dienstag den 4. Februar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Die Verhandlung beginnt mit dem aus der Kommission zurückgekommenen Titel 1 des Kapitels: Statistisches Amt. — Berichterstatter Abg. Frhr. v. Tiedemann. (Insofern der Einrichtung der neuen arbeitsstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes werden 12 100 M. mehr gefordert.)

Abg. Dr. Bachofle (freil. Op.): Wir verlangten ein ganz neues Arbeitsamt, während es sich hier nur um eine neue Abteilung eines schon bestehenden Amtes handelt. Festgestellt ist auch nicht die Kompetenz dieser neuen Abteilung. Trotzdem begreifen wir sie als Fortschritt, weil in ihr ein Organ geschaffen ist, das sich ausschließlich mit der Arbeiterschaft zu beschäftigen hat. Wünschenswert wäre die Hinzugabe eines Betriebs, der zu einem Drittel aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und neutralen Sachverständigen bestehen müßte. Die Abteilung muß das Recht haben, selbständige Untersuchungen vorzunehmen über bestimmte Erwerbszweige und auch Anforderungen von Gesetzen vorzuschlagen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Bebel (Soz.): Dem Vorschlag der Gründung dieser neuen Abteilung des statistischen Amtes wurde von uns zunächst mit Misstrauen begegnet, das sich auf den schon vom Herrn Vorsitzenden erwähnten Neuerungen der konservativen Presse stützte. Der Herr Staatssekretär hat ja nun bei den Verhandlungen in der Kommission betont, daß den verbündeten Regierungen in keiner Weise der Gedanke nahegelegen habe, die früheren Befugnisse der Kommission für Arbeiterschaft nicht auch dieser Abteilung zugesagen. Die Abteilung soll also auch das Recht haben, Vorschläge zu Gesetzesänderungen auf Grund ihrer Erhebungen zu formulieren. Es wurde auch ausgeschlossen, daß Vertreter der Arbeiterschaften hinzugezogen werden sollten. Freilich halten auch wir die Schaffung eines festen Betriebs aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern für besser. Jedenfalls erkennen wir an, daß die jetzige Einstellung einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeutet. Die Kommission wußt sich hoffentlich auch über den bisherigen Rahmen hinaus, z. B. mit der Statistik von Arbeiterausländern, der Lohnstatistik u. c., beschäftigen. Wir betrachten die Abteilung aber nur als ein Übergangsstadium. Das weitere Ziel muß die Gründung eines Reichsarbeitsamtes sein. Schon die Thatstelle, daß wir jetzt beinahe 14 Tage über das Reichsamt des Innern beraten, beweist, daß dies Amt zu überfüllt ist. Die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ist deshalb dringend nötig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hass (nat.-lib.): Wünscht obligatorische Werbellklärung bei der Warenstatistik. Die Schwäche, die man jetzt anwendet, ist sehr ungenau; will man aber das alte Verfahren beibehalten, so muß man den Sachverständigen mehr Zeit für ihre Arbeit lassen. Es wäre auch wünschenswert, im statistischen Amt nicht nur Juristen, sondern auch Nationalökonomen anzustellen.

Abg. Dr. Spahn (Gentr.) äußert Bedenken gegen einen einzigen Betrieb. Besser wäre, von Fall zu Fall Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineinzuziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Einem ständigen Betrieb sollte ich nicht für praktisch, es wäre besser, jedesmal ad hoc Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineinzuziehen. Diese Abteilung soll die alten Rechte haben, wie die Kommission für Arbeiterschaft. Auch soll sie eine Zeitschrift herausgeben, die in teils wissenschaftlicher, teils populärer Form die Resultate ihrer Erhebungen mitteilt. Ich lehne es nicht ab, auch Nationalökonomen anzustellen, aber ein Nationalökonom wird dann am meisten leisten, wenn er juristisches Studium hinter sich hat. Es wird jetzt eine Dienstanstellung ausgearbeitet, die wohl die Bestimmung enthalten wird, daß, wenn eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der Kommission die Hinzugabe von Arbeitgebern und Arbeitern beantragt, diese zu erfolgen hat. (Bravo!) (bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth: Die Frage der Deklaration ist noch nicht geklärt. Es finden umfangreiche Erhebungen darüber statt. 59 Handelskammern haben sich dagegen ausgesprochen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Eine Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen wäre namentlich für die Novelle der Krankenversicherung eine wichtige Unterlage.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir haben uns mit dieser Frage bereits beschäftigt, aber ohne Resultat, da die Kosten zu groß sind. Wir werden aber diese Frage weiter verfolgen.

Damit schließt die Diskussion. Tit. 1 des Kap. Statistisches Amt wird bewilligt.

Es folgt das Kap. Patentamt.

Abg. Kampf (Reichsp.): Die eines Kulturstates unverhütbare Gesetzgebung der Schweiz mithilfe uns zu Gegenmaßregeln veranlassen. Eine Befreiung dieser Schwierigkeiten wäre jedenfalls die Vorbedingung zu einem Handelsvertrag mit der Schweiz.

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.): Die großen chemischen Fabriken an der deutschen Grenze auf Schweizer Gebiete plündern die deutsche chemische Industrie durch illegale Weltbewerb geradezu aus; der Schweiz muß zur Entlastung gebracht werden, daß sich Deutschland das nicht länger gefallen läßt. — Die Abteilungsvorsteher der Anwälteabteilungen wünschen eine selbständige Stellung.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die schweizerische Patentgesetzgebung ist für uns sehr schädigend. Wir haben uns auch schon an den Schweizer Bundesrat gewendet, der uns sagte, es sei eine Ergänzung des Patentgesetzes nur durch ein Referendum bewilligt werden können. Wenn wir mit der Schweiz einen Handelsvertrag eingehen, werden wir jedenfalls darauf drängen, daß unsere Ansprüche auf Änderung des Schweizer Patentgesetzes berücksichtigt werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die in der Schweiz hergestellten und nach Deutschland gebrachten Waren um 20 bis 30 Prozent billiger verkauft werden, als die patentierten deutschen Waren kosteten. (Beifall. links.)

Abg. Müller-Melning (freil. Op.): Gerade dieser Fall beweist, wie nötig die Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist. Auch ich glaube, daß wir gegen die Schweiz vorgehen müssen. Von der ungewöhnlichen Einführung der Vorprüfung in unsere Prüfungsordnung ist noch immer nicht abgegangen worden. Viele Klagen kommen mir über den Unteroffizierstand zu, den der Präsident des Patentamts im Verkehr mit den Patentanwälten ausübt. — Die große Ausdehnung der Geschäfte des Patentamts bewirkt die Gefahr einer Unreinheitlichkeit in der Geschäftsführung. Die Bewerber erhalten ihre Patentanmeldungen oft in einem Zustand zurück, der an das fortrückende Schulfest eines Kartäusers erinnert. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, den Wünschen des Handels und der Industrie etwas mehr nachzukommen, indem er gegen falsche Verwaltungsmöglichkeiten Abhilfe schafft. (Beifall. links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auch ich glaube, daß die Beamten dem Interesse des Publikums dienen müssen. Vorprüfungen gehören zu den gerechten Befugnissen des Präsidenten des Patentamts. Die Grundsätze über die Einheitlichkeit sind in einer Deutlichkeit niedergelegt, die ich dem Reichstag zugreifen lassen werde.

Abg. Schröder (frei. Op.): fordert eine größere Anzahl technischer und juristischer Beamten und Sachkennner der eingehenden Branche für das Patentamt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Schweizer selbst haben in der Schweiz nicht mehr Recht, als die Deutschen in der Schweiz; da ist die Forderung unberechtigt, die Deutschen mehr zu schützen, als die Schweiz selbst. Deutschland liefert die Rohprodukte in die Schweiz

billiger, als nach Deutschland selbst, dann ist es kein Wunder, daß die Schweizer die Waren billiger verkaufen als die Deutschen selbst. Unsere Patentgesetzgebung schützt nicht das geistige Eigentum, sondern den, der zuerst das geistige Eigentum eines anderen ausbeutet kann. Es ist charakteristisch, daß die Herren, die selbst so autonom sein wollen, hier in die innere Gesetzgebung eines fremden Landes ohne weiteres eingreifen wollen.

Gesetzrat Haas: Von einer Ausbeutung der Chemiker in den industriellen Betrieben kann keine Rede sein. In die innere Gesetzgebung der Schweiz wollen wir nicht eingreifen.

Abg. Müller-Melning (frei. Op.): Den Eingriff in ein fremdes Recht habe ich nicht verlangt, jeder Vertrag bedeutet aber eine Beschränkung eigener Rechte.

Abg. v. Kördorff (Reichsp.): Als Vorsitzender der Zolltarifkommission werde ich mich dagegen wenden, daß Herr Kampf seinen Antrag gegen die Schweiz in der Zolltarifkommission einbringt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Herr Regierungsvorsteher scheint den allein richtigen Standpunkt nicht zu verstehen, daß das geistige Eigentum der Allgemeinheit und dem geistigen Urheber, nicht aber dem Kapitalisten zukommt.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: Reichsversicherungsamt.

Abg. Stadthagen (Soz.): In Hessen-Nassau werden die Beiträge zu den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf Grund der direkten Staatsförderung erhoben. Diese Abwägung auf die Allgemeinheit ist ungerecht. Trotzdem ich schon im vorigen Jahre auf die hohen Entschädigungen für die Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften hingewiesen habe, sind diese Gehälter in vielen Fällen noch erhöht worden. Redner führt eine Anzahl von Ehrenvorsitzenden an, deren Gehalt im letzten Jahre bedeutend erhöht wurde. — Ich bedaure sehr, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes nicht hier ist, um darzulegen, warum er diesen ungerechten Zustand weiter bestehen läßt. In einem Falle ist das Gehalt z. B. von 1200 auf 1800 M. gestiegen. Zu Ehrenvorsitzenden sucht man solche Herren zu gewinnen, die einen möglichst großen Einfluß auf Behörden und Gesetzgebung ausüben. Es scheint, daß die Berufsgenossenschaften dies in großem Maße in Bezug auf den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes erreicht haben. — Gegen Herrn Helfig habe ich die Auflage wegen Untreue gegen die Berufsgenossenschaften, begangen durch die Annahme eines hohen Gehaltes in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender erhoben, wurde aber in allen Instanzen abgewiesen. Ein öffentliches Interessum wurde nicht anerkannt, Belästigung durfte ich nicht erheben, da ich nicht Mitglied der Berufsgenossenschaft bin.

Dieser Verlauf der Sache beweist, wie ungewöhnlich die Macht der Berufsgenossenschaften ist und wie sehr es notthut, ihre Selbstverwaltung im Interesse der Arbeiter zu befrachten. Vor allem muß auch mit dem System der sog. Vertrauensärzte ausgeräumt werden. Wie diese Arzte gegen die Pflichten ihres Standes und der Humanität verstoßen, zeigt besonders ein Fall des Dr. Blasius, des Vertrauensärztes der Siegelaubergenossenschaft. Einem Arbeiter Schöfer war wegen Verlust eines Kindes und verminderter Bewegungsfähigkeit der Hand vom Professor Sprengler, einem sehr gewissenhaften Arzte, dem Leiter des herzoglichen Krankenhauses in Braunschweig, eine Rente von 40 Prozent zugesprochen worden. Das Gutachten des Professor Sprengler überstande die Berufsgenossenschaft ihrem Vertrauensarzt Dr. Blasius und dieser erkannte, ohne den Kranken irgendwie untersucht zu haben, auf eine Rente von 20—25 Prozent, worauf dann die Rente auf 25 Prozent festgesetzt wurde. Als Professor Sprengler dies erfuhr, kritisierte er in einem Schreiben an die Berufsgenossenschaft dies Vorgehen des Dr. Blasius auf das schärfste. Seine Art, ohne den Kranken zu sehen, lediglich nach dem Schema der Berufsgenossenschaft die Rente festzulegen, widerstreute den fundamentalen Prinzipien des Arztes und bediente eine Untreue gegen den Arbeiter. Sein Vorgehen entsprach lediglich der Gewohnheit der abhängigen Vertrauensärzte, die Meinen im Interesse der Berufsgenossenschaft möglichst herabzudrücken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Blasius fühlte sich durch diesen Brief bestreift und verklagte Professor Sprengler wegen Beleidigung. Dieser wurde schließlich zu 150 M. Geldstrafe wegen der zu scharfen Ausdrücke in seinem Brief verurteilt, das Gericht erkannte aber an, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ich meine, das Verfahren eines solchen Arztes, der sich in dieser Weise zum Handlanger, zum Hauptschutz seiner Berufsgenossenschaft macht, kann nicht schari genug verurteilt werden und das Reichsversicherungsamt hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf die Gutachten dieses Dr. Blasius nichts mehr gegeben wird. Derfelbe Arzt hat im Jahre 1897 einen Arztkrankenstand bei einer Untersuchung so behandelt, daß er infolgedessen in einen derartigen Gemeinschaftstand kam, daß er sich schließlich das Leben nahm. Das Reichsversicherungsamt ist auf Grund der Feststellungen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Tod des Arbeiters in irgendeinem Zusammenhang mit der Behandlung durch den Dr. Blasius stand (Hört, hört! b. d. Soz.) und hat der Witwe eine Rente gewährt. Solche geringfügige Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte müssen bestraft werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Die Art, wie die Berufsgenossenschaften vorgehen, spiegelt sich auch wieder in der Statistik der Unfälle, die Wände spricht von dem Elend der Arbeiter und dem Unrecht, das die Unfallversicherungsgesetzgebung und ihre Handhabung über sie verhant, während den Unternehmern in wachsendem Maße Millione-Profit daraus zufließen.

Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toten auf dem Schlachtfeld der Industrie gewachsen. Die tödlichen Unfälle betrafen 1895 7101, 1897 7960, 1898 7884, 1899 8124, 1900 8567 Personen, die Zahl der Schwerverletzten 1895 70 000, 1897 84 900, 1898 90 000, 1899 97 000, 1900 99 087, also 107 654 Tote und Verwundete in einem Jahre! Diese Erstreckung läßt sich darauf zurückführen, daß je mehr Unglücksfälle stattfinden, um so größer der Gewinn der Unternehmerschaft als solche wird und daß die Arbeiter das wissende Werkzeug der Berufsgenossenschaften sind. Vergleicht man die Leistungen der Unternehmerschaft auf Grund der Unfallversicherung mit den Leistungen, die sie aufzubringen hätte, wenn sämtliche Unfälle zur Entschädigung führen würden, so kann man berechnen, daß die Unternehmerschaft bei dem jetzigen Zustande erzielt hat 1897 98 Millionen, 1898 102 Millionen, 1899 112 Millionen, 1900 120 Millionen. — Gegenüber der vorbauenden Behauptung, daß die Unternehmer weniger was für Leistungen für die Arbeiter aufbringen, müssen wir drücken, wieviel auf den einzelnen Arbeiter tatsächlich kommt. Im Durchschnitt der Jahre 1888 bis 1899 pro Tag 1,2 Pfg., 1900 sogar nur 1,07 Pfg. Die Versicherungskosten betragen 0,87 Pfg. pro Tag und Arbeiter, so bleiben etwa 0,8 Pfg. für den Tag übrig. Für den landwirtschaftlichen Unternehmer beträgt die Belastung sogar nur 0,2 Pfg. pro Kopf und Tag. — Zur Ermittlung der Ursache der Unfälle waren wir bisher auf die Statistik vom Jahre 1890 angewiesen. Endlich ist jetzt, die Statistik von 1897 vollständig erschienen. Um festzustellen, wer den Unfall verursacht hat, beruft sich über diese Statistik auf die Angestellten der Berufsgenossenschaften, die doch gerade ein Interesse daran haben, die Wahrheit zu vertuschen und der Unwahrheit zum Recht zu verhelfen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Berufsgenossenschaften nicht solcher Thesen beschuldigen, das verstößt gegen die Ordnung des Hauses. — Wir haben schon 1871 die Forderung erhoben, daß den Arbeitern voller Schadensfall für jeden Unfall, den er mit oder ohne Fahrlässigkeit des Unternehmers im

Betriebe erleidet, gewährt werden muß. Statt dessen haben wir als Minimalabschlagszahlung die Unfallgesetzebung erhalten. Zum mindesten müssen wir verlangen, daß die Arbeiter an der Versicherung beteiligt sind, denn es handelt sich um ihr Leben und die Gesundheit ihrer Frauen und Kinder. Je mehr Unfälle, desto größer sind zweifellos die Profite, die dem Unternehmertum zufließen. Die Unfallhäufigkeitstabelle zeigt, daß bessere Schulen im Stande seien, den größten Teil der Unfälle zu verhindern. Vor allem aber muß die achtständige Arbeitszeit eingeführt werden. Die lange Arbeitszeit und die Erkrankung der Arbeiter tragen die Hauptschuld an den Unfällen. Die Knochen der Arbeiter sind keine Kauriobjekte und die Knochen dürfen nicht degradiert werden zu Lasten des Unternehmertums. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann hier nicht über jede einzelne Rentenfestsetzung Auskunft geben; ich habe das Reichsversicherungsamt angezeigt, bei der Festlegung der Renten nicht schematisch zu verfahren, sondern den Einzelfall zu berücksichtigen. Über den Fall Klaßius will ich mich genau informieren. Die Vorwürfe des Abg. Stadthagen gegen den Vorsitzenden des Reichsversicherungsamtes sind um so schwerer, als dieser auch richterliche Funktionen hat. Die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften müssen für ihre Miliee eine Entschädigung erhalten. Ich habe angeordnet, daß die früher gezahlten Entschädigungen von neuem geprüft werden.

Redner verteidigt die einzelnen vom Abg. Stadthagen angegriffenen Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften. — Eine tendenziöse Aufmachung der Statistik liegt nicht vor, die Unfälle werden auf Grund politischer Feststellungen aufgenommen.

Auf Antrag des Abg. Dittel (konf.) werden die Verhandlungen hier abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Marineetat).

Fünfzehnte Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 4. Februar 1902.

Die offiziöse Drohnote in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung versäßt den Agrarier in der Zolltarifkommission gar nichts, sie halten unverrichtet an ihren Forderungen fest und werden höchstens noch vorbehaltlos in der Vertretung derselben. Selbst die stolzen Ministerreden prallen an ihrem braunmucklerischen Herzen ab. Heute redeten nicht mehr als sechs Bundesratvertreter gegen den Antrag Schwerin II, der die Transatlager bestätigt wissen will; sie waren ebenfalls seit Freitag dazu geredet. Aber von einer Nachgiebigkeit der Agrarier ist trotzdem nichts zu erwarten; sie murren heimlich über die ministerielle Redseligkeit, die freilich mehr der Not gebietet, als dem eigenen Triebe nachgibt.

Die versetzten agrarischen Anträge verbergen der Regierung den ganzen Spuk an dem eigenen Ergebnis. Und die Centrumsleute beladen die Regierungsvorlage mit einem Eifer für die Regierung ungenießbar zu machen, daß die Vermutung nahe liegt, sie thun das nur, um die Vorlage zu Falle zu bringen, dann sind sie aus dem fatalen Dilemma zwischen ihren Arbeitervögeln und ihren bäuerlichen Anhängern heraus. Den Bauern sagt man dann: „Ihr seht ja, wie wir durch Unterstützung der agrarischen Anträge Euch helfen wollten — aber die Regierung will nicht.“ Und die Arbeiter tröstet man mit dem Nichtstandesdom des Zolltariffs. So hält man beide Teile am Leitseil.

Es fällt, als ob Graf Posadowsky heute schweres Geschütz aufzusetzen wolle, so wichtig kündigte er seine Ausführungen an, aber er berührte die politisch-taktische Seite nicht.

Wieder ist es die Linke, die der Regierung zur Seite steht gegen die agrarische Bedrängnis. Genosse Dreesbach erhebt für seine eingehende Rede sogar das Placet des badischen Bundesratsvertreters.

Dem Centrum wurde heute wieder wie in der Regierung eindeutig vorgehalten, die gestern gestellte eigene Anträge über den Haufen wirft und heute agrarische Sammelanträge entgegen gesetzten Inhalts unterstellt. Das thun die Jesuiten der Geschäftsgedung nur aus parteitaktischen Gründen.

Hellerlein erwachte die vom Vorsitzenden auf Wunsch der Agrarier an die in die Rednerliste eingetragenen Redner gerichtete Anfrage, ob sie aufs Wort verzichten und die Debatte schließen lassen wollten. Der heitere Widerspruch belehrte die agrarischen Mörder der Vorlage, daß ihre That nicht im Verborgenen bleiben wird. Zur Obduktion im Plenum ist's nach der Obstruktion in der Kommission noch Zeit genug. Und so wird morgen um die Transatlager lustig weiter gestritten; zehn Redner sind schon wieder eingezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung moniert der Abg. Fischbeck die fehlige Fortführung der Beratung des Tarifgesetzes. Bei der Verhandlung über die Transatlager zeigte es sich, wie thöricht es war, erst das Gesetz statt den Tarif zu beraten. Redner beantragt, den Zolltarif jetzt zu beraten.

Slinger, rat dem Voreddner, seine Ungebildung etwas zu zügeln, so recht er auch habe, wenn er es falsch halte, wie die geschäftliche Behandlung eingefäßt sei. Die Abweichung von der jetzigen Verordnung bringe Verwirrung und ziehe die Sache in die Länge, aber Stadthagen habe unsere Absicht fürsichtig richtig gekennzeichnet: Wir wollen sachlich, gründlich und schnell beraten.

Der Antrag Fischbeck, zunächst die Transatlager für Getreide zu beraten, wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zur

gebots nur dann, wenn dafür nach dem Besunde des Bundesrats ein dringendes Bedürfnis anzuerkennen ist" geht weiter als die Anträge Brömel und Hengl I. Ihnen würden wir noch eher zustimmen. Am vorigen Sonnabend ist in der Ersten bairischen Kammer über die Anträge der Agrarier gesprochen worden. Der sehr agrarfreundliche Präsident beim Oberlandesgericht, Geheimrat Freiherr v. Neubronn, hat dort sich als einen entschiedenen Gegner der Getreidezölle erklärt. Mit der Erhöhung der Getreidezölle verteuerte man das Brot und schaffte eine Steuer, die nur nach unten progressiv wirkt. Gerade in der Zeit des industriellen Nebenganges sollte ein Staat niemals die notwendigsten Lebensmittel verteuern. (Hört, hört!)

Graf Posadowsky: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich jetzt längere Ausführungen zu machen habe. Die beiden Transitzäger Königswberg und Danzig führen nach ziffernmäßigen Nachweis den größten Teil ausländischen Getreides wieder aus. Durch die Transitzäger Mannheim und Ludwigshafen wird kein neuwertiger Preissdruck auf Getreide ausgeübt. Redner weiß dies an einer Reihe von Zahlen nach. Der Großhandelspreis zeigt in Mannheim sogar eine Differenz in der Preishöhe nach oben auf, die höher stand, als die Preisdifferenz zwischen Köln und Mannheim. Die Vergleiche ergeben, daß ein Nachteil hinsichtlich der Preise für die Produzenten nicht entsteht. Weiters weiß der Redner an Zahlen nach, wie die Preise unter den verschiedenen Hollässen der letzten zwei Jahre nicht unter den niedrigeren Hollässen gesunken seien. Die ferner vom Redner vorgetragenen Zahlen nachweisen, welche den Getreidehandel zwischen Süddeutschland und der Schweiz sowie Frankreich beleuchten, ist er bereit, zu Protokoll zu geben. Die Regierungsvorlage berücksichtigt die berechtigten Interessen der Landwirtschaft, ich bitte, sie anzunehmen.

Geheimrat Lusensky erörtert die Verhältnisse zwischen den russischen Häfen und denen in Königsberg und Danzig. Wenn ich nicht irre, hat sich noch 1896 Herr Graf Kanzl für Belbehaltung der gemischten Transitzäger ausgesprochen. Die deutschen Häfen wären gegenüber den russischen im Nachteil, wenn nach Aufhebung der gemischten Transitzäger das Getreide nun in den freien Verkehr überginge. Set doch der Preis des inländischen Getreides gegenüber des ausländischen in der Regel um so viel höher, als der Zoll ausstrage. Die Rückländer, die der Antrag auf den Handel noch nehmen will, sind als eine Anerkennung dieser Thatsachen zu betrachten. Die Beurtheilung des Preissdrucks durch gemischte Transitzäger ist bereits durch den Staatssekretär entkräftigt; in Ost- und Westpreußen hat die Preisbildung erst recht nichts zu befürchten.

Speck: Ich bitte die Herren Bundesratsvertreter, die vorigen Freitag gesprochen haben, ihre wichtigen Erklärungen ebenfalls zu Protokoll zu geben. Den Ausführungen des Grafen Schwerin trete ich vollständig bei. Es scheint, die Königswberger Handelskammer schaut sehr in ihrer Auffassung. (Burau: Undere auch!) Sie hat sich früher für die Überzeugung der gemischten Transitzäger erklärt. Was meinen Wedel in der Anschauung anlangt, so wollte ich den Häfen an der Grenze die Vorteile der Transitzäger belassen. Nach den eingehenden Darstellungen von verschiedenen Seiten sind diese Vorteile auch durch den Antrag Schwerin gesichert, darum unterstütze ich diesen. Die uns vorgelegte Statistik beweist, daß die Transitzäger in den Seehäfen vorne stehen, nicht aber die Orte im Binnenlande. Unrichtig ausgefaßt haben die Sache die Bundesratsvertreter für Elsaß-Lothringen und Baden, denn der Antrag will alle gemischten Transitzäger befreien. Zwischen beiden Vertretern bestehen Widersprüche; der elsaß-lothringische meint, die Transitzäger vermittelten die Ausfuhr, der badische hebt die Vermittelung der Einfuhr hervor. (Burau: Wedes ist richtig!) Ja, Sie wissen ja, daß wir der Meinung sind, durch höhere Hollässen werde die Inlandsproduktion so gehoben, daß wir kein fremdes Getreide brauchen. (Burau: Das ist eine Utopie!) Den Antrag Wedes bitte ich abzulehnen, ebenso den Antrag Hengl, der noch über die Regierungsvorlage hinausgeht. Würde die Regierung nach den hierauf bezüglichen Motiven zum Gesetz verfahren, könnte man sich freuen. Hätte ich Gewähr dafür, würde ich meine Unterschrift von dem Antrage zurückziehen.

Fritschbeck: Ohne Zweifel wollen die Herren Agrarier ganze Arbeit, das zeigt ihr Antrag. In den russischen Häfen wartet man darauf, daß wir hier solche Gesetze machen. Damit werden tatsächlich Geschäfte des Auslandes besorgt. Graf Kanzl hat seit 1896 seine Auseinandersetzung völlig gewechselt. Redner verliest diesbezügliche Neuheiten aus dem Reichstage jener Zeit. Und Herr Abg. Speck hat erst recht keine Ursache, andere eines Meinungswechsels zu beschuldigen, unvermittelbar konnte keiner von sich geben, wie der des Abg. Speck. Für die Landwirtschaft haben die Theorien Specks keinen Vorteil, und den Handel drittens nicht schädigen. Werkswürdig ist, wie man die gewöhnlichen Erklärungen der Vertreter der Regierung — ähnlich wie bei der Kanalvorlage — hellese schlecht.

Bundesratsvertreter Geheimrat Leydenbeker verwendet sich ebenfalls für die Regierungsvorlage.

Paasche: Aus den Ausführungen des Grafen Posadowsky kann man folgern, daß die Landwirtschaft durch die Hollässen Schaden hat. Deshalb wollen wir eine Beleidigung dieses Standes. Die Situation ist eine andere geworden. Aus politischen Gründen bin ich für die Regierungsvorlage. Der Antrag Hengl bevorzugt die Rheinseite.

Heim: Es wird vielfach verkannt, wie die Einwirkung der Transitzäger auf die Preisbildung ist. Die gemischten Transitzäger sind eine Gefahr für die inländische Landwirtschaft. In München gehen 90 Prozent des im Transitzäger lagernden Getreides ins Ausland, nur 1 Prozent ins Ausland. Die stets zur Verfügung stehenden großen Mengen am Orte lagernden Getreides wirken wohl auf die Preise. Redner ergeht sich des weiteren über den bayerischen Getreidemarkt. Es müßte schärfster zum Ausdruck gebracht werden, was in den vorliegenden Anträgen unter „dringendem Bedürfnis“ zu verstehen ist.

Bayerischer Bundesratsvertreter v. Jagemann: Die Gründe, die für die angebliche Schädlichkeit der Transitzäger für die Landwirtschaft angegeben wurden, sind nicht schlüssig. Mögen die Verhältnisse an den verschiedenen Orten auch verschieden gelagert sein, der Umschlagsverkehr ist nötig und anderweitig muß der Handel im Innlande für große, nahe Lager sorgen. Der Bundesrat wird schon successive für eine Minderung der Transitzäger sorgen. Die Gründe des Abg. Heim sind nicht schlüssig, denn auch ohne Transitzäger bleibt die Auslandskonkurrenz bestehen. Herr Speck hat alle Regierungsvorsteller auf dieser Seite mißverstanden, das muß wohl an den akustischen Verhältnissen dieses Saales liegen. Aus den Ausführungen des Vertreters für Mannheim haben Sie ersehen, wie objektiv die Sachen bei uns behandelt werden; schließlich von dem, was er sagt, kann ich unterschreiben. Lassen Sie den Handel nach seiner Façon fertig werden. Wir sagen: Leben und leben lassen. Die Beunruhigung des Handels schadet Gotheim wünscht, daß ein Vertreter der Heeresverwaltung zu dieser Beratung hinzugezogen werde.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

Die Aufsichtsratsmitglieder der Trebertrodnungsgesellschaft auf der Auflagebank.

H. F. Kassel, 4. Februar 1902.

Zweiter Tag der Verhandlung.
Der Zuhörerraum ist auch heute überfüllt. Es werden zunächst die Geschäftsergebnisse verlesen. Der Geschäftsbereich für 1896/97 entwirft ein ungemein günstiges Bild von der Geschäftslage der Gesellschaft und stellt, ganz besonders für das Bergmannsche Patent, einen noch viel größeren Aufschluß in Aussicht. Es habe sich in diesem Jahre ein Netto-Gewinn von 7.585 000 M. ergeben. Davon werden 781 600 M. als Tantieme, 1.500 000 M. für Dividende vorbehalten, der Rest für den Reservefonds abgeschrieben. Nach geschilderter Verlesung des Geschäftsbereichs bemerkte Angestellter Hermann Sumpf: Es müsse erklärt werden, daß er diesen Geschäftsbereich auch heute für

vollständig korrekt und der damaligen Geschäftslage entsprechend ansiehe. Nach den Berichten des Dr. Schmidt konnte es seinem Zweifel unterliegen, daß die Fabriken der Tochtergesellschaften sich noch weiter in gewinnbringender Weise entwideln werden. — Vors.: Glauben Sie, daß das Effektenconto von 4.285 000 M. ein reines Aktivum war, und dergestalt in die Bilanz getestet werden könnte? Angell.: Natürlich. Vors.: War der Wechselverkehr in diesem Jahre schon ein so starker? Angell.: Nein, das war erst 1898.

Der Angestellte Arnold Sumpf bemerkte: Er könne sich den Ausfällungen seines Bruders nur anschließen. Er sei im Frühjahr 1897 selbst nach Altona gefahren, um sich von der Geschäftslage zu überzeugen. Allerdings habe er es nicht billigen können, daß Aktien in Fällung genommen wurden, die an der Börse nicht notiert waren. — Es wird alsdann der Geschäftsbereich für 1897/98 verlesen. Dieser entwirft ein noch viel altherüchtigeres Bild von der Geschäftslage. Der Gesamtumsatz, der 1896: 8.191 000, 1897: rund 14.000 000 M. betrug, bezeichnet sich 1898 auf 30.504 000 M. Allerdings haben sich dementsprechend die Umlöste gesteigert. Der Netto-Ulberdruck betrug 1897/98: 5.893 929 M. Davon werden gezahlt an Tantieme 578 000 M. für die Aufsichtsratsmitglieder und 230 000 M. für den Vorstand; es können mithin wieder, wie im Vorjahr, 40 Prozent Dividende verteilt werden.

Angestellter Hermann Sumpf erklärt auf Fragen des Vorsitzenden: Er müsse auch diesen Geschäftsbereich als den damaligen Sachlage entsprechend bezeichnen. Accepte habe er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats nur zum Zwecke der Geldbeschaffung für die Gesellschaft gegeben. Der Aufsichtsrat habe die Umlöste erst immer unterstrichen, nachdem sie von den Sachverständigen geprüft und für richtig befunden waren. Die günstige Geschäftslage habe sich doch auch aus der Beschreibung von 1.272 000 M. ergeben. — Die Angestellten Arnold Sumpf und Schulze-Döllwig erklären: Sie mußten annehmen, daß die Geschäftsbücher vollkommen der Sachlage entsprachen, da sie sich von der Rentabilität der Tochtergesellschaften zuerst an Ort und Stelle überzeugt hatten. Schulze-Döllwig bemerkte: Er habe das Werk in Böhmen untersucht. Dort habe er festgestellt, daß das Holzverarbeitungsverfahren in der günstigsten Entwicklung begriffen war. Der Regierungsbürokrat in Böhmen sagte ihm: Wenn sich das Werk in der bisherigen Weise weiter entwickelt, dann giebt es Geld wie Mist. Vors.: Weshalb wurden die Tantieme für die Aufsichtsratsmitglieder in Reserve gestellt? Schulze-Döllwig: Meiner Auffassung nach geschah das deshalb, weil wir der Tantieme wegen so sehr in der Presse angegriffen wurden; deshalb hielten wir es für richtiger, die Tantieme zunächst in Reserve zu stellen. Es sollte jedenfalls gezeigt werden, daß wir nicht bloß wegen der Tantieme arbeiten. Angestellter Hermann Sumpf: Die Reservierung der Tantieme geschah hauptsächlich deshalb, weil wir erst abwarten wollten, ob die in die Bilanz gestellten Aktiven der Tochtergesellschaften, die noch nicht allzu vollem Betriebe waren, auch den erhofften Gewinnen erzielen werden.

Angell.: Schulze-Döllwig bemerkte: 1894 habe ihm ein Konkurrent in Dortmund gesagt: Das Bergmannsche Verfahren schädige ihn ganz außerordentlich. Er habe dem Mann geantwortet: „Was dem einen eine Illu. ist dem anderen eine Richtigkeit.“ Aber auch von mehreren anderen sachverständigen Seiten sei er auf die großartige Entwicklung des Bergmannschen Verfahrens aufmerksam gemacht worden. Ein Rittergutsbesitzer sagte ihm: Er zweifelt nicht, daß aus Ulrich des Bergmannschen Verfahrens die Gesellschaft steils in stande werde, 80 bis 85 Prozent Dividende zu verteilen. Danach wird der Geschäftsbereich für 1898/99 verlesen. Auch dieser entwirft ein sehr günstiges Bild. Der Netto-Ulberdruck betrage 6.415 874 M. Davon werden gezahlt Tantieme für den Vorstand 212 999 M., die statutenmäßige Tantieme für die Aufsichtsräte 880 899 M.

Aus dem Geschäftsbereich ist ferner zu entnehmen, daß der Gesamt-Umsatz 1898/99 39.772.000 M. betrug. Angestellter Hermann Sumpf bemerkte, daß er auch diesen Geschäftsbereich für korrekt halten müsse. Im übrigen berufe er sich auf das Gutachten des Professors Lassar-Cohn. Er habe sein ganzes Vermögen in die Gesellschaft gestellt und sei doch daher genötigt gewesen, sich auf sachverständige Gutachten zu verlassen. Die Geschäftslage galt damals als eine so vorzügliche, daß Aktien gar nicht zu hohen waren. Angell. Arnold Sumpf bemerkte: Er sei mit dem Direktor Erne von der Leipziger Bank 1890 in Nantes verhandelt. Von dem dortigen Geschäftsmann des Werkes sei ihm die Versicherung gegeben worden, daß ein Steingewinn von 20 Prozent erzielt werden würde. Die anderen Angestellten machen ähnliche Ausführungen.

Der Verteidiger Justizrat Dr. Harnier teilt mit: Direktor Schmidt habe 1890 an Hermann Sumpf geschrieben: Er habe den Professor Lassar-Cohn von der Königsberger Universität erneut, ein sachgemäßes Gutachten abzugeben. Er müsse beantragen, dieses Gutachten zu verlesen. Vors.: Soviel mir bekannt, macht die Staatsanwaltschaft den Angestellten nicht zum Vorwurf, daß sie bei Beurteilung der Werke in bösem Glauben gehandelt haben. Staatsanwalt: Ich kann die Anerkennung des Herrn Vorsitzenden nur bestätigen. Es soll den Angestellten geglaubt werden, daß sie über die günstige Geschäftslage der einzelnen Werke geäußert worden sind und die Berichte wahr gehalten haben. Der böse Glaube der Angestellten wird in anderen Dingen, die noch zur Sprache kommen werden, gefunden.

Es gelangt hierauf der Geschäftsbereich für 1899/1900 zur Verlesung. Dieser, der ebenfalls von günstiger Entwicklung spricht, verzeichnet einen Netto-Ulberdruck von 4.592 000 M. Dazu kommt der Bestand vom vorigen Jahre, mit dem nach Abschluß aller Umlöste ein Netto-Gewinn von 5.584 448 M. Davon statutenmäßige Tantieme an den Vorstand 250 050 M. an Dividenden wurden gezahlt 480 000 M. für den Arbeiter-Unterstützungsfonds, wie alljährlich 80 000 M. bleiben 3.880 000 M. über die die Generalverfassung zu befinden habe. Das Cash-Conto betrug 446 000 M., die Wechselforderungen 1.840 000 M., das Effektenconto 128 000 M.

Der Angestellte Hermann Sumpf bemerkte auf Fragen des Vorsitzenden, daß er auch diesen Geschäftsbereich und Bilanz noch heute für vollständig korrekt halte. Die Erhöhung des Aktienkapitals im Februar 1900 sollte erfolgen, da eine Fusion geplant war. Aus diesem Anlaß wurden die Tochteraktien verlaufen und dafür die neuen Berechtigten gegeben.

Angell. Schulze-Döllwig bemerkte: Die Geschäftsbücher wurden in den Aufsichtsratsitzungen derartig schnell verlesen, daß er nur mit Mühe etwas verstecken konnte. Es kommt hinzug, daß wenn ein Wagen über die Straße gehe, er überhaupt nichts verstehe, was vorgelesen oder gesprochen werde. Die anderen Herren meinten aber, man könne den Geschäftsbereich ohne Bedenken unterschreiben; er habe deshalb keinen Anstand genommen, seine Unterschrift zu geben.

Angell. Schulze-Döllwig: Ich kann die Bemerkung des Herrn Schulte-Döllwig nur bestätigen und muß hinzufügen, daß uns Schmidt gewöhnlich nur den Entwurf des Geschäftsbereichs vorlesen hat.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Ich erlaube mir, an Herrn Hermann Sumpf die Frage zu richten, ob es wahr sei, daß Schmidt ihm mitgeteilt habe, die Tochterwerte von 10 Millionen könnten nur durch das Entgegenkommen einiger der Gesellschaft nahestehender Herren plaziert werden? Hermann Sumpf: Das ist richtig.

Es tritt hierauf eine kurze Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der gerichtliche Konkursverwalter der Trebertrodnungsgesellschaft Justizrat Fries-Kassel als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Dieser bekannte: Nach Aufruhr des Konkurses gingen etwa

100 Briefe und 60 Depeschen täglich ein. Die meisten Briefe und Telegramme befaßten Aufträge, ob und inwiefern ich imstande sei, die Gläubiger zu befriedigen. Es handelte sich zunächst darum, ob und inwiefern der Betrieb fortgesetzt werden könnte. Zur Fortsetzung des Betriebs gehörte selbstverständlich zunächst Geld. Es waren aber nur 2000 M. vorhanden. Ich wandte mich daher an den Konkursverwalter der Leipziger Bank. Justizrat Barth, der die Fortsetzung der Betriebe für notwendig erachtete. In einer mit der Leipziger Konkursverwaltung abgeschlossenen Konferenz wurde beschlossen, den Betrieb, so weit ich es für notwendig erachtete, fortzuführen. Die Leipziger Bank übergab mir zu diesem Zwecke ein Betriebspapital von 500 000 Mark. Es stellte sich sehr bald die Notwendigkeit heraus, die Gläubiger vollständig in Ruordnung zu bringen und seinerseits die Gläubiger zu befriedigen, einen Büchereivorstand an Rat zu ziehen. Auf meine Fragen an die Angestellten über die Art der Buchung wurde mir gesagt: „Herr Direktor Schmidt hat das so angeordnet.“ Eine eigentliche Konkursbilanz aufzustellen, war unmöglich, zumal die Aktiva gleich Null waren. Bei Besprechungen mit den Abteilungsvorständen ergab sich, daß weder mit der Trebertrodnung noch mit Trebertrodnungsbüroapparaten etwas verblieb. Dabei waren die Ausgaben ganz enorm. Wie einzigen Sachen wurde ja etwas verdient, diese Gewinne entzogenen sich aber in leiser Weise den kolossalen Ausgaben.immerhin ist es gelungen, eine Aktivmasse von 2.000 000 M. zusammenzubringen. Diese Masse konnte sich im günstigsten Falle um ½—1 Million erhöhen. Es sind 827 256 M. Vorzugsforderungen angemeldet; von diesen habe ich 5—600 000 M. bestritten. Die Schuldforderung beträgt ca. 168 000 000 M. Diese stehen aber nur 1.400 000 M. 1.500 000 M. Aktiva gegenüber. Allerdings sind nur 128 000 000 M. bis jetzt anerkannt. Ich bemerkte, daß ich Prozesse nach Möglichkeit vermeide. Die Hauptgläubiger ist die Leipziger Bank, die 70—80 Millionen angemeldet hat. Der Konkursverwalter gibt im weiteren Aufschluß über den Stand der einzelnen Tochtergesellschaften und die Beziehungen derselben zu der Muttergesellschaft. Soweit er festgestellt, habe die Tochtergesellschaft in Nantes keinen Nutzen ergeben. Am Gegenteil, die Tochtergesellschaft habe noch 40 000 Franken Schaden gehabt.

Der Verteidiger Justizrat Dr. Harnier beantragt, die Gutachten des Professors Lassar-Cohn-Königsberg und des Professors Frenzel-München zu verlesen, worauf hervorgehe, daß die Angestellten das Werk für ein sehr gutes halten müssten. Bei der Gründung des Werkes in Weißwasser habe sich die Trebertrodnung 1.800 000 M. von der Leipziger Bank schicken lassen, um als Gründer des schlesischen Werkes aufzutreten zu können. Die Herren der Trebertrodnung haben am folgenden Tage das Geld wieder der Leipziger Bank zurückgeschickt, die Herren seien also bei der Gründung nur Statisten gewesen. Am Abreise bestätigte Schmidt, daß das Werk der Gesellschaft nur Schaden gemacht. Das Krappiger Werk habe nur mit Verlust gearbeitet und schiene nur den Zweck gehabt zu haben, der Trebertrodnungsbüroapparat zu beschaffen. In Gladbach sei ein sehr kostspieliger Bau aufgeführt, es sei aber niemals ein Gewinn daraus erzielt worden. Ebenso habe die Gesellschaft in Wogod (Galizien) und die in Russland ohne Gewinn gearbeitet. Die Memeler Gesellschaft sei im Konkurs. Auch diese habe ohne Gewinn gearbeitet. Die Gesellschaft in Bosnien habe an die Trebertrodnungsgesellschaft große Anforderungen gestellt, es seien große Hoffnungen an dieses Werk gestellt gewesen. Gewinne seien aber auch nicht erzielt worden. Auch das Werk in Finnland habe keinen Gewinn ergeben. Das Werk in Italien könne sich nur durch Zusammenlegung der Aktien halten. Brot und das Werk in Friederstadt-Norwegen, habe auch nur Verluste gebracht. Dasselbe sei der Betreiber der Gesellschaft Union in Prag, des böhmischen Werkes, der Werke in Frankfurt a. O. und Schweinfurt. Er habe die Überzeugung erlangt, daß die Trebertrodnungsgesellschaft der Ausdeutung des Bergmannschen Patents gar nicht gewachsen war. Er könne es nicht versichern, wie man auf das Bergmannsche System eine so große Hoffnung setzen könne. In den ersten zwei Jahren konnte jedoch auch kein Nutzen erzielt werden, denn die Werke mußten doch erst in Betrieb gesetzt werden. Er könne sich nicht erklären, wie man als Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrates annehmen könne, daß das Bergmannsche Patent, das erst 1895 erfunden wurde, sofort so hohe Gewinne ergeben könne. Nachlieferungen seien überhaupt nicht gemacht; er sei daher zu der Überzeugung gelommen, daß diese Nachlieferungen überhaupt eingetragen waren. Die Forderungen von den Tochtergesellschaften wurden von Schmidt an die Aufsichtsratsmitglieder und von diesen wieder an die Leipziger Bank cediert. Letztere weigerte sich, die Cession den Schuldnern anzugeben, da sie befürchtete, dadurch Unruhe hervorzurufen. Nachdem der Konkurs der Leipziger Bank eröffnet war, wurden die Schuldnern von dem Konkursverwalter über die Cessionen in Kenntnis gesetzt. Schmidt schrieb an die Tochtergesellschaften, die Cessionen seien nur formale. Es sei unbedingt gewünscht, die Forderungen in Licenzforderungen umzuwandeln und sie schließlich in den Contos verschwinden zu lassen. Er, der Konkursverwalter, sei deshalb zu der Überzeugung gelangt, daß die Forderungen an die Tochtergesellschaften durch falsche Buchungen aus der Welt geschafft werden sollten. Er sei allerdings entfernt, zu behaupten, daß die Aufsichtsratsmitglieder von diesen Schreibens Schmidt Kenntnis hatten. Auf Fragen des Staatsanwalts bemerkte der Konkursverwalter, daß er aus an ihn gesetzten Briefen ersehen habe, daß Treberaktien vielfach unter dem Publikum seien.

Auf Fragen des Verteidigers Justizrat Dr. v. Gordon bemerkte der Konkursverwalter, daß die Angestellte Schlegel von der Gesellschaft für 60.000 Mark in Auftrag genommen werde, darunter 11.000 000 M. für unberechtigte Erhebung von Dividende. — Auf Fragen des Verteidigers R.-A. Kohn bemerkte der Konkursverwalter: Dem Angestellten Otto seien allerdings für seine Treber- und Trodungsanstalt in Dortmund 428 000 M. gutgeschrieben worden. Es fehle ihm aber jede Unterlage, ob diese Guischt berechtigt sei.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon beantragt, die drei Mitglieder der hiesigen Handelskammer, die 1898 nach Nantes fuhren, um sich vom Standpunkt des Großkaufmanns von der Rentabilität des Unternehmens zu unterrichten, als Ze